

THOMAS ANGERER

DIE FRANZÖSISCHE ÖSTERREICHPOLITIK VOR DEM „ANSCHLUSS“ 1938

„Ni Anschluss, ni Habsbourg“, lautete Frankreichs Formel für Österreich in der Zwischenkriegszeit¹. Im ausschließlich bilateralen Rahmen so gut wie unerheblich, ging Frankreichs Österreichpolitik weitgehend im multilateralen Geflecht seiner Eindämmungspolitik gegenüber Deutschland auf, was ihre Erfassung und Abgrenzung oft erschwerte. Bei Frankreichs schrittweiser Lossagung von Ost- und Zentraleuropa in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre² entfiel mit Österreich daher auf den ersten Blick „nur eines der Elemente im Rahmen der französischen Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland“³. Die ursächliche und unmittelbare Verknüpfung mit dem Deutschlandproblem wies Österreichs Unabhängigkeit nichtsdestoweniger eine Bedeutung zu, die den Kern der französischen Außenpolitik betraf. Gerade in Krisenfällen wie 1931, nach Bekanntwerden des österreichisch-deutschen Zollunionplans, trat dies zu Tage. Als Trennstreifen zu Italien und zum Balkan sowie als Flankendeckung der Tschechoslowakei stand und fiel mit Österreich letzten Endes der tabuisierte territoriale Status quo ganz Zentraleuropas. In der „Dominotheorie“, die der französischen Außenpolitik in Europa zugrunde lag, spielte Österreich also durchaus keine Neben-, sondern eine Schlüsselrolle⁴ – ein Paradox angesichts der Einmütigkeit, mit der die zeitgenössischen wie historiographischen Befunde der französischen Österreichpolitik in den Jahren vor dem „Anschluss“ mehr oder weniger vorwurfsvoll „Passivität“ bescheinigen⁵.

Um es vorwegzunehmen: Die These von der völligen Inaktivität und Kontraproduktivität der französischen Österreichpolitik seit dem Jahre 1936 hält einer genaueren Prü-

¹ Im Unterschied zum Grundsatz der Kleinen Entente, „Plutôt l'Anschluss que Habsbourg“. Documents Diplomatiques Français 1932–1939 (DDF), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, 1re Série, t. VI, Paris 1972, N° 285.

² Anthony Adamthwaite, *France and the Coming of the Second World War*, London 1977, S. 353, spricht von „gradual disengagement“.

³ Alois Schumacher, *Frankreich und die Anschlussfrage*, in: Felix Kreissler (Hrsg.), *Fünfzig Jahre danach – Der „Anschluss“ von Innen und von Außen gesehen*, Wien/Zürich 1989, S. 38.

⁴ Siehe etwa Briands bekanntes Wort: „L'Anschluss, ce serait la guerre!“

⁵ Anthony T. Komjathy, *The Crises of France's East-Central European Diplomacy, 1933–1938*, New York 1976, S. 180f., 205; John E. Dreifort, *Yvon Delbos at the Quai d'Orsay. French Foreign Policy during the Popular Front*, Kansas 1973, S. 192, 197f.; Jean-Baptiste Duroselle, *Politique étrangère de la France. La décadence, 1932–1939*, Paris 1985, S. 325; Jacques Bariéty, *La France et le problème de l'„Anschluss“*. Mars 1936 – mars 1938, in: Klaus Hildebrand/Karl Ferdinand Werner/Karl Manfrass (Hrsg.), *Deutschland und Frankreich 1936–1939*. Francia, Beiheft 10, München 1981, S. 555, 574.

fung, die den multilateralen Rahmen dieser Politik berücksichtigt, nicht ganz stand. Vor allem aber muß der Blickwinkel bis 1934/1935 vorverlängert werden – in die Jahre, in denen Frankreich eine vergleichsweise aktive Österreichpolitik zugeschrieben wird. Erst vor diesem Hintergrund läßt sich die Problematik seiner „Passivität“ vor dem „Anschluß“ in ihren Wurzeln erkennen und die Frage nach Brüchen und Kontinuitäten in der französischen Österreichpolitik dieser Jahre neu beleuchten.

I.

Mit dem Tardieu-Plan (von 1932) scheiterte die Wiederaufnahme der Bemühungen Frankreichs aus den zwanziger Jahren, die Anschlußfrage durch die Förderung einer wirtschaftlichen Reintegration Zentraleuropas in den Griff zu bekommen. Nach der Verschärfung des Problems durch die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland suchte Frankreich eine Lösung auf sicherheitspolitischer Ebene. Die österreichische Unabhängigkeit sollte durch einen „Donaupakt“ gesichert werden: ein multilaterales Vertragswerk von Nichteinmischungs-, Nichtangriffs- und möglichst auch Beistandsverpflichtungen, das Österreich – unter der Obhut des Völkerbunds, allen voran Großbritanniens und Frankreichs – mit Italien, Ungarn und den Staaten der Kleinen Entente verbinden würde und auch Deutschland offenstehen sollte⁶.

So begrüßte und unterstützte Frankreich zur Jahreswende 1933/34 das österreichische Vorhaben, angesichts des wachsenden NS-Terrors den Völkerbund anzurufen⁷. Italien sperrte sich jedoch gegen dessen Einschaltung, und Österreich gab entsprechend seines neueingeschlagenen „italienischen Kurses“ nach. Die sogenannten Garantieerklärungen, die Großbritannien, Frankreich und Italien am 17. Februar 1934 gleichzeitig, jedoch unilateral und unabhängig vom Völkerbund abgaben, gingen auf einen französischen Kompromißvorschlag zurück. Sie bekräftigten das anhaltende Interesse der drei Mächte an der Wahrung der österreichischen Unabhängigkeit, gaben allerdings nur Konsultationsabsichten kund⁸. Dafür strengte Frankreich Verhandlungen über sein Donaupakt-Projekt an. Italien meldete aber nicht nur gegen eine Beteiligung des Völkerbunds, sondern auch gegen die der Kleinen Entente Widerspruch an. Eine Zunahme des italienischen Einflusses im Donauraum, die auf eine ausschließlich italienische Protegierung Österreichs hinauslief, ließ sich freilich weder mit den Interessen der Kleinen Entente noch mit jenen Frankreichs vereinbaren.

Neutralisierung statt Satellisierung – so ließe sich die französische Österreichpolitik dieser Monate auf eine Formel bringen. Das für Österreich festgeschriebene Unabhän-

⁶ Mária Ormos, *Le problème de la sécurité et de l'Anschluss*, in: *Études Historiques Hongroises* 1975, Bd. 2, S. 5–44, hier bes. S. 35f.; dies., *Sur les causes de l'échec du pacte danubien. 1934–1935*, in: *Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 14 (1968), S. 21–83.

⁷ Hanns Haas, *Österreich im System der kollektiven Sicherheit. Der Völkerbund und Österreichs Unabhängigkeit 1934*, in: Erich Fröschl/Helge Zoid (Hrsg.), *Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen*, Wien 1984, S. 421 ff.

⁸ DDF, 1re Série, t. V, Paris 1970, N° 399.

gigkeitsgebot und den geplanten Donaupakt hatte der Quai d'Orsay von jeher mit dem Begriff der Neutralisierung verbunden⁹. Ein „Mandat à la mode de l'Albanie“ und ein österreichischer Bundeskanzler als „Marionette“ Mussolinis kamen aus französischer Sicht nicht in Betracht¹⁰. Entsprechend empfindlich reagierte Frankreich nach dem Juli-Putsch 1934 und der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß, als Gerüchte kursierten, italienische Truppen könnten sich nicht nur verstärkt am Brenner zeigen, sondern in Österreich einmarschieren. Als „action modératrice [...] p a r t o u t“ wollte Paris seine Versuche verstanden wissen, sowohl Italien als auch Jugoslawien im Zaum zu halten, das für den Fall eines italienischen Einmarsches in Österreich selbst mit dem Einmarsch drohte¹¹. Barthous Vorschlag, die trilateralen Konsultationen durch eine regelmäßig tagende Botschafterkonferenz in Rom zu institutionalisieren, stieß wiederum auf die Zurückhaltung Großbritanniens, das jeden Anschein verstärkten Engagements im Donauraum im allgemeinen und zugunsten Österreichs im besonderen vermieden wissen wollte¹².

Die britische Ablehnung erfolgte nicht zuletzt, wenn auch nicht vorrangig, aus Rücksichtnahme der Koalitionsregierung MacDonald auf den Unmut der öffentlichen Meinung über die Regierung Dollfuß, die nach der Niederschlagung des „Schutzbund“-Aufstandes vom 12. Februar 1934 die österreichische Sozialdemokratie ausgeschaltet hatte. Die französische Österreichpolitik zeigte sich davon jedoch weniger beeinflusst, als oft angenommen wird¹³. Zwar gab Léon Blum die vielzitierte Losung aus: „Il n'y a plus d'Autriche pour nous.“¹⁴ Auch ließ Louis Barthou, nach dem Ende des Linkskartells und den Wirren des 6. Februars in die Regierung Doumergue berufen, in Österreich auf die Freilassung der verhafteten „Februarkämpfer“ und eine Erweiterung der Regierungsbasis drängen¹⁵. Doch erhielt er in der außenpolitischen Kammerdebatte vom 22.

⁹ Siehe ebenda, N° 319 und DDF, 1re Série, t. VII, Paris 1979, N° 135. Vgl. Gerald Stourzh, Zur Genese des Anschlussverbots in den Verträgen von Versailles, Saint-Germain und Trianon, in: Isabella Ackerl/Rudolf Neck (Hrsg.), Saint-Germain 1919, Wien 1989, S. 42f.

¹⁰ Die Formulierung stammt von René Massigli. Aufzeichnung Hornbostel vom 25. 9. 1934, in: Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik/Neues Politisches Archiv (ADR/NPA) Zl. 45.876, zit. bei Hanns Haas, Die Garantieerklärung europäischer Völkerbundmächte für Österreich vom 27. September 1934, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 30 (1977), S. 336f. Vgl. den Bericht des österr. Gesandten in Paris, Lothar Egger, über ein Gespräch mit Barthou vom selben Tag, in: ebenda, S. 334.

¹¹ DDF, 1re Série, t. VII, N° 84; Hervorhebung von mir.

¹² Siehe DDF, 1re Série, t. VII, N° 29, 52, 84.

¹³ Felix Kreissler, Februar 1934 in Wien und Paris im Lichte der Pariser Öffentlichkeit, in: Isabella Ackerl/Walter Hummelberger/Hans Mommsen (Hrsg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck, Bd. 2, München 1981, S. 113–131; Irma Simma, Österreich, Februar 1934 in der französischen Öffentlichkeit, Diplomarbeit, Univ. Wien 1985.

¹⁴ Léon Blum, L'indépendance de l'Autriche, in: Le Populaire vom 18. 2. 1934, wiederabgedruckt in: L'Œuvre de Léon Blum. 1934–1937, Paris 1964, S. 101.

¹⁵ Siehe etwa: DDF, 1re Série, t. VI, N° 2 sowie t. VII, N° 102 (mit Anm. 1), 124, 228. Schon Barthous Vorgänger, Joseph Paul-Boncour, hatte Dollfuß wiederholt vor einer allzuscharfen Politik gegen die Sozialisten warnen lassen. „M. Dollfuss est dans l'état d'euphorie des hommes d'action et il ne se rend pas compte du danger [...] qui le menace du côté socialiste s'il cède aux interventions de la droite.“ So

bis 25. März für seine proösterreichische Politik auch den Großteil der sozialistischen Stimmen¹⁶. Barthou selbst gab allem Anschein nach die Zustimmung zur französischen Beteiligung an der Finanzierung der Dollfuß-treuen Wochenzeitschrift „Der Christliche Ständestaat“¹⁷. Auch versicherte er Dollfuß bei seiner Durchreise in Wien am 19. Juni 1934 ausdrücklich, er habe gegen die italienische Orientierung der österreichischen Außenpolitik nichts einzuwenden¹⁸.

Hinter dieser Versicherung stand kein Enthusiasmus. Eine Österreichpolitik ohne oder gar gegen Italien konnte Frankreich nicht in Betracht ziehen. Vielmehr war Paris auf Italiens Eigeninteresse an der Verhinderung von Anschluß und Restauration angewiesen und daher sogar in hohem Maße bereit, italienische Initiativen gegenüber den Anfeindungen von Seiten der Kleinen Entente (etwa beim Abschluß der Römischen Protokolle am 17. März 1934) zu unterstützen¹⁹. Die Erklärungen vom 17. Februar, auf die sich Barthou im erwähnten Gespräch mit Dollfuß als Zeichen guter Absicht berief, sollten allerdings nur einen ersten Schritt bedeuten. Im Laufe der Donaupakt-Verhandlungen, die Frankreich unter dem Eindruck des Juli-Putsches wieder in Gang bringen konnte – und mit Hoffnungen auf eine „Entspannung, wenn nicht Entente“ mit Italien verband²⁰ –, wurde jedoch zunehmend deutlich, daß sich über das im Februar Erreichte kaum hinausgehen ließ. Die entscheidende Rolle spielte dabei weder Großbritanniens unabänderliche Zurückhaltung noch Österreichs störend einseitige Schützenhilfe für Italien²¹. Es war vor allem Italiens (auf das revisionistische Ungarn angewiesene) Hegemonialstreben im Donaunraum und auf dem Balkan, das der Miteinbeziehung der Kleinen Entente sowie der Patronanz des Völkerbunds einen Riegel vorschob. In seiner strikt antirevisionistisch und multilateral ausgerichteten Vorstellung vom Donaupakt-Projekt – weder freie Hand für Deutschland, noch für Italien – kannte Frankreich freilich keine Kompromisse. Dafür sorgte schon die erwähnte Gefahr eines Krieges zwi-

Puaux Aufzeichnung eines Telefonanrufs Paul-Boncours vom 2. 9. 1933 aus Genf, nach dessen Unterredung mit Dollfuß am Rande der SDN-Tagung, in: Archives diplomatiques du Ministère des Affaires Étrangères Paris (MAE), Papiers d'Agents Archives Privées (PAAP), Puaux vol. 47; vgl. Adolf Sturmthal, *Zwei Leben. Erinnerungen eines sozialistischen Internationalisten zwischen Österreich und den USA*, Wien/Köln 1989, S. 134 ff.

¹⁶ Haas, *Garantieerklärung*, S. 325, Anm. 33.

¹⁷ Siehe DDF, 1re Série, t. V, N° 489. Bei dem dort genannten Herrn „Haentschel“ handelte es sich nach den Angaben offensichtlich um Kurt Häntzschel aus dem Kreis um Dietrich von Hildebrands erstmals im Dezember 1933 erschienener Wochenzeitschrift „Der Christliche Ständestaat“. Siehe: Rudolf Ebneith, *Die österreichische Wochenschrift „Der Christliche Ständestaat“*. Deutsche Emigration in Österreich 1933–1938, Mainz 1976, S. 59 ff., 62 (Anm. 38). Ob die Gelder noch bis zuletzt flossen? Vgl. hierzu Bemühungen Friedrich W. Försters im Jahre 1936, die schon unter Flandin abschlägig behandelt wurden, in: MAE/Papiers 1940 (P 1940), Cabinet Delbos 2/96–178.

¹⁸ DDF, 1re Série, t. VI, N° 362. Vgl. die entsprechende Amtserinnerung vom 21. 6. 1934, in: ADR/NPA Zl. 55.146–13.

¹⁹ Siehe dazu Egger am 2. 4. 1934, in: ADR/NPA Zl. 52.897–13, zit. bei Haas, *Garantieerklärung*, S. 333.

²⁰ So Barthou laut Egger am 25. 9. 1934, in: ADR/NPA Zl. 45.929–13.

²¹ Haas (*Garantieerklärung*, S. 341 und *Österreich im System*, S. 439 ff.) neigt m. E. zu deren Überbewertung. Angesichts der unvereinbaren Haltung seiner Nachbarstaaten war die Haltung Österreichs nicht ausschlaggebend.

schen Jugoslawien und Italien, die im Ernstfall bei einem einseitig italienischen Eingreifen drohte. So bedeutete die am 27. September 1934 von Frankreich, Italien und Großbritannien in Genf nun immerhin gemeinsam vorgenommene Erneuerung der Februar-Erklärungen für Frankreichs Österreichpolitik nur einen weiteren Markstein ihres Mißerfolges²².

Mit größerer Vorsicht, als dies in der Literatur häufig getan wird, sind die Früchte zu genießen, die Frankreichs vorübergehende Annäherung an Italien im Winter 1934/1935 für die geplante Absicherung Österreichs trug. Trotz seiner bekannten Zugeständnisse in Nord- und Ostafrika gewann Frankreich bei weitem nicht jene italienische Unterstützung für seine Zentraleuropapolitik, der das Donaupakt-Projekt bedurft hätte. Daran änderte auch nichts, daß Barthous Nachfolger Pierre Laval bereit war, neben dem Donaupakt als Beistandspakt nunmehr auch einen bloßen Nichteinmischungs- und Konsultationspakt im Sinne eines Minimalziels ins Auge zu fassen²³. Die Schlußerklärung des legendären Treffens zwischen Laval und Mussolini in Rom am 7. Januar 1935 brachte zwar ein großes Echo in der Presse, doch außer Italiens Lippenbekenntnis zur Schmalspurvariante des Donaupakt-Projekts keinen entscheidenden Fortschritt gegenüber der Erklärung vom 27. September des vorausgegangenen Jahres²⁴. Nicht zuletzt wegen österreichischer Vorbehalte gegen jeden Anschein von „Bevormundung“, gar durch Staaten der Kleinen Entente, war die Einigung über den entsprechenden Abschnitt im Communiqué nur mühsam und erst in allerletzter Minute zustande gekommen²⁵. Dies zeigte, welche großen Hindernisse einer auch noch so ausgehöhlten Form des Donaupaktes nach wie vor im Wege standen.

In den Gesprächen, die Laval mit Bundeskanzler Schuschnigg und Außenminister Berger-Waldeneck im Februar 1935 in Paris führte²⁶, machte er aus dem toten Punkt, über den die französisch-italienische Verständigung in der Österreichfrage nicht hinauskam, durchaus kein Hehl. „Streng vertraulich“ verriet Laval zwar, daß ihm vom italienischen Generalstab sogar eine Anfrage vorliege, „ob Frankreich bereit wäre, [bei einem neuerlichen NS-Putschversuch in Österreich] einen militärischen Schleier auf der italienisch-jugoslawischen Grenze zu ziehen“. Lavals Mitteilung sei jedoch zu entnehmen gewesen, „daß die französische Regierung sowie auch der französische Generalstab

²² DDF, 1re Série, t. VII, N° 396 (Anm. 2), 503.

²³ Ebenda, N° 566, Annex A, B, C.

²⁴ Unter anderem ließen Frankreich und Italien bis zur Unterzeichnung eines Nichteinmischungsvertrags zwischen Österreich und seinen Anrainerstaaten für den Fall einer unmittelbaren Bedrohung der österr. Unabhängigkeit erneut ihre Konsultationsabsichten versichern. Vgl. ebenda, N° 420 (II); DDF, 1re Série, t. VIII, Paris 1979, N° 377 und 435.

²⁵ Marian Wrba, Genfer Politik. Österreich und die kollektive Sicherheit. 1932–1935, Diplomarbeit Univ. Wien 1989, S. 184 ff., hat das Doppelspiel Österreichs zwischen Frankreich und Italien (sowie dessen Instrumentalisierung durch Italien gegenüber Frankreich) anhand österr. Archivmaterials deutlich herausgearbeitet.

²⁶ Zu den anfangs durchaus peinlichen Begleitumständen des Paris-Besuchs siehe: Kurt v. Schuschnigg, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot. Aufzeichnungen des Häftlings Dr. Auster, Zürich 1946, S. 264 f. Zu den organisatorischen Vorbereitungen: MAE/P 1940, Charles Rochat 2/14-16.

heute gegebenenfalls nicht in der Lage wären, eine solche Vorkehrung zu treffen²⁷. Die Rücksicht auf Jugoslawien, die Laval als Grund für seine in der Tat ablehnende Haltung gegenüber solchen Ansinnen durchblicken ließ, dürfte allerdings nur die halbe Wahrheit gewesen sein; sie ist zurecht auch mit der unter Laval wieder einsetzenden Anlehnung Frankreichs an Großbritannien in Verbindung gebracht worden²⁸.

Gewiß stieß Italiens Bereitschaft zu militärischer Zusammenarbeit im französischen Generalstab auf offene Ohren, paßte sie doch nur allzu gut in sein Konzept von der Einkreisung Deutschlands durch eine „front continu“. Weder die vielzitierten Vereinbarungen zwischen den Generalstabschefs General Gamelin und Marschall Badoglio vom 27. Juni 1935 noch entsprechende, im Generalstab jahrelang kursierende Operationspläne dürfen allerdings darüber hinwegtäuschen²⁹, daß die Vorstellungen der Militärs reichlich wenig mit der politischen Realität zu tun hatten³⁰. Die Absprachen auf Generalstabsebene lassen sich höchstens als eine stille Reserve bezeichnen, die für einen allfälligen, allerdings noch keineswegs abzusehenden Durchbruch auf politischer Ebene bereitstand.

Auf einem anderen Blatt steht, daß Österreichs verantwortliche Militärs im Zuge diesbezüglicher Sondierungen des französischen Militärattachés in Wien, Oberstleutnant Sallands, ohnehin die für den Eventualfall nötige militärische Kooperationsbereitschaft ausschlossen. Ein gegen Deutschland gerichtetes Eingreifen italienischer, französischer oder gar auch jugoslawischer und tschechischer Truppen auf ihrem Staatsgebiet verboten sie sich kategorisch³¹. Rücksichten auf Österreichs italienisch-ungarische Bin-

²⁷ Geheimerlaß des Außenamts an den österr. Gesandten in Rom, Vollgruber, vom 2.3. 1935, in: ADR/NPA Zl. 31.798-13/35, zit. bei: Peter Streitle, Die Rolle Kurt von Schuschnigg im österreichischen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus (1934–1936), München 1988, S. 223 ff.

²⁸ Duroselle, La décadence, S. 133 ff.

²⁹ Wie jüngst wieder bei Streitle, Abwehrkampf, S. 201, wo vorbehaltlos von einem „Militärbündnis vom 19. 6. 1935“ die Rede ist.

³⁰ Das sogenannte Badoglio-Gamelin-Abkommen war ein Protokoll, das ausdrücklich eine Billigung auf Regierungsebene vorbehielt. Gamelin hatte für seine Gespräche mit Badoglio keine politische Vollmachten. Es betraf auch nicht den Fall einer Beschränkung deutscher Operationen auf Österreich, sondern nur einen deutschen Angriff auf Italien oder Frankreich. Siehe: DDF, 1re Série, t. XI, Paris 1982, N° 179. Dazu: Duroselle, La décadence, S. 138. Robert J. Young förderte Einzelheiten über die im frz. Generalstab ausgearbeiteten Kooperationspläne zu Tage: Ders., French Military Intelligence and the Franco-Italian Alliance, 1933–1939, in: The Historical Journal 28 (1985), S. 143–168, bes. 158 ff. Young betont allerdings auch, wie gering die Bereitschaft des frz. Generalstabs war, mehr als spärliche zwei Divisionen zu entsenden und größere Aufgaben zu übernehmen, als einen italienisch-jugoslawischen Zusammenstoß zu verhindern.

³¹ Zu den übereinstimmenden Erklärungen General Nagys, General Luschkinskys und Generalmajor Jansas siehe Salland am 23. 1., 4. 4., 1. 8., 24. 10. 1935, N° 10/S, 45/S, 75/S, 96/S, in: Service historique de l'Armée de Terre, Château de Vincennes (SHAT), 7 N 2716. Vgl. den Beschluß diesbzgl. Sondierungen während der ersten Gespräche zwischen den frz. und italienischen Stabschefs der Luftwaffe vom 9. bis 12. 9. 1935, zit. in: Young, Intelligence, S. 159. Noch am 22. 3. 1936 schrieb Salland: „Si l'on obtient qu'elle [l'Autriche] se défend sur ses frontières, ce sera déjà beaucoup. Quant à pénétrer chez elle, même sous prétexte de l'aider, c'est un point du problème que les militaires de ce pays ne veulent jamais aborder franchement.“ In: SHAT 7 N 2717.

„Ausgesprochen antiösterreichische[n] und antideutsche[n] Politik“ der Kleinen Entente, „vor allem aber die nationalpolitische Erwägung, daß ein Österreich, das ausschließlich vom deutsch-französischen Gegensatz lebte, auf die Dauer nicht möglich war“, hatten Schuschnigg schon in seinen Gesprächen mit Laval betonen lassen, daß es „uns Österreichern schlechterdings unmöglich [sei], uns einseitig auf den französischen Standpunkt zu stützen“³². Freilich wurde spätestens im Zusammenhang mit den erwähnten Sondierungen klar, daß Österreich sich auch nicht „mehreseitig“ auf einen französisch-italienischen „Standpunkt“ stützen würde. Unter keinen Bedingungen wollte es auf die Seite der Gegner Deutschlands wechseln. Im übrigen hatte sich Schuschnigg in Paris auch bezüglich der Restaurationsfrage nicht festlegen lassen; sie begann jedoch, wegen erster französischer Erfolge, die Kleine Entente (allen voran die Tschechoslowakei) zu Zugeständnissen in den Donaupakt-Verhandlungen zu bewegen, gerade wieder eine stärkere Rolle zu spielen³³.

So viele Hoffnungen nach Deutschlands spektakulärer Aufkündigung seiner Versailler Abrüstungsverpflichtungen am 16. März 1935 mit der britisch-französisch-italienischen Konferenz von Stresa im April 1935 und der „Stresa-Front“ vorübergehend auch verbunden sein mochten (und im März 1938 mancherseits mit großer Wehmut beschworen werden sollten): Die Konferenz bekräftigte nur erneut das Donaupakt-Projekt und nahm den unverbindlichen Tenor vom 17. Februar und 27. September 1934 wieder auf³⁴. Der in Stresa vorgebrachte Vorschlag Frankreichs, für den Fall eines weiteren deutschen Verstoßes gegen den Vertrag von Versailles (also etwa auch gegen die dort verankerte Verpflichtung zur Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs) im Vorhinein gemeinsame Sanktionen zu beschließen, wurde von Mussolini begrüßt, von den Briten jedoch abgelehnt.

Nach den raschen Fortschritten und der letzten Endes widerstandslosen Hinnahme der deutschen Wiederaufrüstung war Frankreich allerdings weniger denn je bereit, ohne Großbritannien weitere Beistandsverpflichtungen in Zentraleuropa einzugehen. Im Gegenteil: Hinter dem Donaupakt-Projekt stand gerade unter Laval immer deutlicher der Wunsch, die zentraleuropäischen Verhältnisse möglichst so zu entschärfen, daß sich die Übernahme einer Verantwortung, die über eine gemeinsam mit Großbritannien ausgeübte formelle Patronanz hinausging, erübrigen mochte. Kurz und bündig war aber auch die Antwort, die Laval Ende Oktober im außenpolitischen Ausschuß der Abgeordnetenkammer auf die Frage gab, was er gegen den autoritären Regierungsstil in Österreich zu tun gedenke: „Rien du tout.“³⁵

Die im Stresa-Kommuniqué schon kurzfristig ins Auge gefaßte Donaupakt-Konfe-

³² Schuschnigg, *Ein Requiem*, S. 274, S. 73.

³³ Siehe die in den DDF, 1re Série, t. IX unter „Projet de pacte danubien“ (S. XXXVII f.) angeführten Dokumente, bes. N° 264.

³⁴ Ebenda, t. X, Paris 1981, N° 190, Annexe II. Zu Lavals ebenso treffendem wie zynischem Kommentar siehe ebenda, N° 180.

³⁵ Sitzung vom 23. 10. 1935, Archives de l'Assemblée Nationale, Paris, zit. nach Gabriel Carette, *La vision française de l'Autriche (1933–1938) de Hitler à l'Anschluss*, Univ. de Paris I, Maîtrise 1990, S. 83.

renz mußte von Mal zu Mal aufgeschoben werden; bekanntlich kam sie trotz der noch bis in den Herbst weiterlaufenden Suche Frankreichs nach einem Kompromiß nie mehr zustande. Nach wie vor blieben die Verhandlungspositionen der Staaten des Rom-Pakts einerseits und der Kleinen Entente andererseits unvereinbar; erschwerend hinzu kamen noch die nach dem Beispiel Deutschlands immer forscher gestellten militärischen „Gleichberechtigungs“-Forderungen Ungarns und Österreichs. Mit dem Donaupakt-Projekt scheiterte aber auch und vor allem Frankreichs großangelegter – sichtlich *zu groß* angelegter – Versuch einer aktiven Sicherheitspolitik zur Stärkung der Unabhängigkeit Österreichs. Die Ursachen lagen vor allem in Frankreichs irriger Annahme, sein Einfluß und seine Zugeständnisse könnten ausreichen, um die Eigeninteressen der betroffenen Staaten zugunsten Österreichs auf einen Nenner zu bringen. Demgegenüber kam der im Rückblick oft gleichsam als Grund allen Übels angesehenen Abessinien-Krise nur die Rolle eines Katalysators zu³⁶.

II.

Bezeichnenderweise stand hinter Frankreichs Bemühen, Großbritannien von einer Eskalation seines über die Abessinienfrage ausgebrochenen Konflikts mit Italien abzuhalten und die „Stresa-Front“ wenigstens dem Anschein nach aufrechtzuerhalten, gerade seine Zentraleuropa- und Österreichpolitik. Wenn Großbritannien Wirtschaftssanktionen gegen Italien durchsetzen wollte, war es dann auch bereit, die gefährlichen Folgen, die ein Bruch mit Italien für Zentraleuropa zeitigen konnte, durch ein entsprechendes, bislang aber verweigertes Engagement für das am meisten betroffene Österreich zu tragen³⁷? Ungleich zurückhaltender als Großbritannien reagierte Frankreich daher, als der österreichische Vertreter im Völkerbund nicht nur als einziger neben den Vertretern Ungarns und Albanien gegen die (auf französisches Betreiben hin weitgehend entschärften) Sanktionen stimmte, sondern eine Rede hielt, deren provokant pro-italienischer Ton erhebliches Aufsehen erregte³⁸.

Mit viel größerer Beunruhigung verfolgte die französische Diplomatie Österreichs wachsende Zugänglichkeit für Annäherungsversuche von Seiten Deutschlands. Angesichts der kurz zuvor erfolgten Verhandlungsangebote Franz von Papens, seit Sommer 1934 deutscher Gesandter in Wien und später Botschafter „in besonderer Mission“, hatte Puaux schon unmittelbar nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland vor den Folgen einer Verunsicherung Österreichs durch Schwächezeichen der Westmächte gewarnt³⁹. Das deutsch-österreichische Presseabkommen von Ende August 1935 nahm der Quai d'Orsay mit „Bedauern“ zur Kenntnis. Im übrigen baute er

³⁶ Ormos, *Sur les causes*, S. 79.

³⁷ DDF, 1re Série, t. XII, Paris 1984, N° 132, 138 (hier S. 184f.).

³⁸ DDF, 1re Série, t. XIII, Paris 1984, N° 262, 294, auch N° 47, 304, 509.

³⁹ DDF, 1re Série, t. IX, Paris 1980, N° 161 bzw. 424. Vgl. Sallands Zusammenfassung der österr. Reaktionen auf den 16. 3. 1935 in seinem Bericht vom 30. 3. 1935, N° 112, in: SHAT, 7 N 2716.

auf Schuschnigg wiederholte Zusicherung, sich mit Deutschland vor dem Abschluß des damals noch in Verhandlung stehenden Donaupakts auf kein politisches Abkommen einlassen zu wollen⁴⁰. Wegen der Inanspruchnahme Italiens durch Abessinien erklärte sich Außenminister Berger-Waldenegg Anfang Oktober 1935 in Erwartung neuer Verhandlungsangebote Papens jedoch für „an die Wand gedrängt“. Die Gefahr einer deutsch-österreichischen Bilateralisierung der bis dahin mit erheblichem französischen Einsatz multilateral geführten Verhandlungen um das Österreichproblem schwebte nun immer deutlicher im Raum⁴¹.

Die Aufrechterhaltung bzw. Wiederaufrichtung der „Stresa-Front“, die Puaux als einzig verbleibende Möglichkeit zur Fortführung dieser Politik urgierte⁴², war angesichts der britisch-italienischen Spannungen einerseits und der italienischen Verstimmung über Frankreichs Beteiligung an den Sanktionen des Völkerbunds andererseits leichter gesagt als getan. Nichtsdestoweniger blieb sie erklärtes Ziel der französischen Politik – gerade gegenüber Österreich. Nach Laval's Sturz Anfang 1936 meinte auch sein Nachfolger, Pierre-Étienne Flandin, „that Italy must be rescued from the Abessinian muddle and brought back into the European fold“. Sollte Frankreich angesichts seiner Spannungen mit Italien bei einem „Anschluß“-Versuch etwa Truppen auf dem Seeweg nach Jugoslawien schicken, um dann festzustellen, daß sie zu spät kamen? An einen Einmarsch französischer Truppen in Deutschland sei, so Flandin, wegen der immer pazifistischer werdenden öffentlichen Meinung nicht zu denken⁴³: „La France agitait en étroite collaboration avec la Petite Entente et l'Angleterre dans le cadre de Genève“, war daher seine eher dürftige Antwort auf die Frage König Karls von Rumänien, wie Frankreich auf einen deutschen Schlag gegen Österreich reagieren würde⁴⁴. Über der „lähmenden Wirkung“, die von Frankreichs Beteiligung an der Sanktionspolitik auf seine als Zusammenarbeit mit Italien angelegte Österreichpolitik ausging⁴⁵, darf freilich weder die beschränkte Tragweite der Mussolini-Laval- bzw. Badoglio-Gamelin-Abkommen bezüglich Österreichs noch der zweifelhafte Wert der „illusions de Stresa“ (Léon Noël) vergessen werden; und schon gar nicht der Umstand, daß das Scheitern der aktiven französischen Österreichpolitik durch die Sanktionskrise begleitet und besiegelt, nicht aber verursacht worden war.

Unterdessen waren es der für Österreich schließlich unbefriedigende Verlauf der Gespräche mit Papen sowie das zunächst scheinbar freundliche Echo, das der „Hodža-Plan“ in Wien fand, die der französischen Österreichpolitik vorübergehend aus der Verlegenheit halfen. Den Vorschlag des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, die fünf Donaustaaten zu einem Wirtschaftsblock zu integrieren und auf diese Weise gegen äußere Eingriffe zu stärken, konnte Frankreich, insofern er auch und vor allem gegen

⁴⁰ DDF, 1re Série, t. IX, N° 161, 78; ebenda, t. XII, N° 60, 64.

⁴¹ Ebenda, t. XII, N° 390, auch 302, 321, 367, 372.

⁴² Ebenda, N° 390.

⁴³ Documents on British Foreign Policy 1919–1939 (DBFP), 2nd series, Vol. XV, London 1976, Nr. 500.

⁴⁴ DDF, 2^{ème} Série, t. I, Paris 1963, Nr. 156, hier S. 223.

⁴⁵ Bariéty, La France, S. 558.

Deutschland gerichtet war, nur begrüßen. Gezielt bemühte es sich um eine Annäherung Österreichs an die Tschechoslowakei und an Jugoslawien sowie um eine stärkere Unterstützung von seiten Rumäniens. Doch dabei stieß Paris sofort wieder auf das Restaurationsproblem⁴⁶. Im August 1935 hatte der Quai d'Orsay noch auf österreichische Bitten und Zusicherungen hin durch ein Machtwort verhindern können, daß die Kleine Entente nach dem Wirbel um die „Habsburggesetze“ auf ihrer Konferenz in Bled eine allzu scharfe Erklärung gegen einen Restaurationsversuch abgab⁴⁷. Was zur Vermeidung eines Ekklats genügte – nämlich Österreichs Zusicherung, die Restauration sei „augenblicklich nicht aktuell“ und nur im Einvernehmen mit allen betroffenen Staaten vorzunehmen –, reichte jedoch noch lange nicht zum Abbau jenes Mißtrauens, das vor allem auf seiten Jugoslawiens einer Entspannung zwischen Österreich und der Kleinen Entente entgegenstand. Dies erwies sich erneut in den Gesprächen, die Flandin Ende Januar/Anfang Februar 1936 in London anlässlich der Begräbnisfeierlichkeiten für König Georg V. führen konnte, unter anderem auch mit dem österreichischen Vizekanzler Fürst Starhemberg⁴⁸.

Einerseits wollte Frankreich Italien die Rolle zukommen lassen, die ihm in Zentraleuropa seines Erachtens auch im Fall einer von der Tschechoslowakei ausgehenden Initiative vorbehalten bleiben mußte⁴⁹. Andererseits versuchte es Österreich bei der gewünschten Annäherung mit der Kleinen Entente gegenüber italienischen bzw. ungarischen Störmanövern den Rücken zu stärken. Allerdings überschätzte dabei zumindest Puaux Österreichs tatsächliche Bereitschaft, der Kleinen Entente entgegenzukommen⁵⁰. Denn nach einer Reihe von Rückziehern ließ sich Österreich auf der Konferenz der Rom-Pakt-Staaten Ende März 1936 endgültig auf die ungarisch-italienische Linie gegenüber der Kleinen Entente verpflichten⁵¹. Flandin zählte Österreich deshalb neben Ungarn, Bulgarien und der Türkei zu den Staaten, „qui sont sous le coup de limitations à leur souveraineté“⁵².

⁴⁶ Siehe DDF, 2^{ème} Série, t. I, N° 34, 156 (hier S. 223 ff.), 44, 60, 72, 74, 100, 112, 119, 262.

⁴⁷ DDF, 1^{re} Série, t. XI, N° 229, 265, 410, 439; t. XII, N° 13 (mit Anm. 2), 97, 101.

⁴⁸ DDF, 2^{ème} Série, t. I, N° 156. Flandin hätte über den Besuch Schuschnigg's in Prag hinaus auch gerne einen in Belgrad gesehen, konnte Prinzregent Paul jedoch keinerlei ermutigende Andeutung entlocken. Jugoslawien beschwerte sich übrigens auch darüber, daß die jugoslawischen Holzexporte nach Frankreich nicht so bevorzugt wurden wie die österr. Starhemberg wiederum ließ sich in der Restaurationsfrage nicht festlegen. Im übrigen bemühte sich Flandin nicht zuletzt mit Blick auf die Anschlußgefahr, daß nach Frankreich und der Tschechoslowakei auch Rumänien einen Beistandspakt mit der Sowjetunion schließe; vgl. ebenda, S. 223–226.

⁴⁹ Ebenda, S. 225.

⁵⁰ DDF, 2^{ème} Série, t. I, N° 88. Hanns Haas, Österreich und das Ende der kollektiven Sicherheit, in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hrsg.), Das Juliabkommen von 1936. Hintergründe und Folgen, Wien 1977, S. 21 ff. (siehe dort auch 43 ff. und 51).

⁵¹ Der Konferenzbeschluß vom 27. 3. 1936 verpflichtete die drei Pakt-Mitglieder bei politischen Verhandlungen mit anderen Staaten zu vorausgehenden Konsultationen untereinander und schrieb für Wirtschaftsverhandlungen mit der Kleinen Entente vor, daß sie nur zu bilateralen Abkommen führen durften.

⁵² DDF, 2^{ème} Série, t. II, Paris 1964, N° 17 (hier S. 37).

Dieses Wort fiel bereits nach der Remilitarisierung des Rheinlands (7. März 1936). Spornten das Versagen der Garantiemächte von Locarno sowie die Hilflosigkeit, mit der Frankreich zusah, wie einer der Eckpfeiler seines Sicherheitssystems umgestürzt wurde, einen Staat wie Österreich nicht dazu an, seine ohnehin „beschränkte Souveränität“, so Flandin weiter, nun endgültig preiszugeben? Die Signale aus Wien waren eindeutig: „La prochaine fois ce sera notre tour.“⁵³ Wenn Frankreich die Errichtung des von Deutschland geplanten „Westwalls“ zulasse, sei Österreich verloren und könne nicht zuletzt wegen des großen Eindrucks, den ein ungestrafter Erfolg Hitlers bei der Bevölkerung hinterlassen würde, nur mehr eilig in Berlin zu Kreuze kriechen⁵⁴. Der „Psychologische Moment“ zur Aufhebung der Sanktionen sei gekommen: „Si vous réussissiez à vous faire de l'Italie une alliée sûre, la situation en Europe centrale se trouverait aussitôt éclaircie.“⁵⁵

Natürlich konzentrierte sich die Aufmerksamkeit des Quai d'Orsay während der mit London und Berlin laufenden Verhandlungen über das Rheinland sowie des beginnenden Wahlkampfes für die Kammerwahlen nicht gerade vorwiegend auf die Österreichfrage⁵⁶. Eine französisch-britische Garantieerklärung für Österreich, wie sie Schuschnigg mit Unterstützung Puauxs anregte, lag angesichts der britischen Haltung während und nach der Rheinlandkrise allerdings weniger denn je im Bereich des Möglichen⁵⁷. Auch läßt sich nach dem Rheinland-Debakel und der entsprechend gewachsenen Besorgnis um den bis dahin nicht so unmittelbar gefährdet geglaubten Bündnispartner Tschechoslowakei⁵⁸ eine relative Bedeutungseinbuße der Österreichfrage in der französischen Italienpolitik feststellen. So tauchte unter den Bedingungen, die Flandin für das von ihm durchaus erwogene Entgegenkommen gegenüber Italien nannte, dessen wie selbstverständlich gefordertes Einstehen für Österreich nur mehr in Verbindung mit der Übernahme einer entsprechenden Verantwortung für ganz Zentraleuropa auf, besonders aber für die Tschechoslowakei⁵⁹. Mussolinis Beteuerung eines „vitalen Interesses“ an der Österreichfrage⁶⁰ allein war Frankreich sichtlich zu wenig, um die Aufhebung der Sanktionen voranzutreiben und damit sein einziges Atout auszuspielen.

In Anbetracht der bereits seit Februar laufenden Versuche Italiens, Frankreich in der Sanktionsfrage mit einer Aufkündigung des Badoglio-Gamelin-Abkommens zu drohen, hatte Flandin in Rom schon am 1. März auf den ausschließlich „technischen“, politisch

⁵³ So Hornbostel zu Puaux noch am 7. März, in: Ebenda, t. I, N° 308, 407, ferner t. II, N° 12.

⁵⁴ So Berger-Waldenegg, in: Ebenda, t. II, N° 85; wiederaufgenommen (und ohne unleserliche Stellen) bei Salland, 29. 4. 1936, N° 52, in: SHAT 7 N 2717. Zur Stimmung in der Bevölkerung siehe DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 108.

⁵⁵ So Berger-Waldenegg zu Puaux, in: DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 18. Vgl. die Memoiren von Gabriel Puaux, *Mort et transfiguration de l'Autriche. 1933–1955*, Paris 1966, S. 82.

⁵⁶ Bariéry, *La France*, S. 559.

⁵⁷ DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 117.

⁵⁸ Ebenda, N° 42, 46.

⁵⁹ Ebenda, N° 64, auch 46.

⁶⁰ Ebenda, N° 90.

nach wie vor unbestimmten Charakter des Gamelin-Badoglio-Abkommens hinweisen lassen⁶¹. Daran änderte auch nichts, daß er auf eine Frage von Kriegsminister Maurin meinte, im Fall eines NS-Putsches in Österreich⁶² erwarte er vom Generalstab die Bereitschaft zu „einer unverzüglichen Geste, um zu zeigen, daß Frankreich in einem ähnlichen Fall Italien unterstützen würde“⁶³. Denn die im hiesigen Zusammenhang entscheidenden Sätze Gamelins in einer Generalstabsbesprechung am 30. April besagten, daß keinerlei Weisung ergangen war und Flandin nicht einmal sein eigenes Büro über diese Idee informiert hatte⁶⁴. Wenn nicht gar an der Ernsthaftigkeit, mit der Flandin die „unverzügliche Geste“ erwog, gezweifelt werden muß, so zumindest am Gewicht, das ihr in seinen tatsächlichen Überlegungen zukam. Schon vor der Machtübernahme der Front Populaire stellte die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens zur Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit ein an unrealistische Bedingungen geknüpftes Gedankenpiel im Generalstab dar, das jedes politischen Rückhalts entbehrte⁶⁵.

Eine umso größere Beachtung verdient die Haltung, die Frankreich in der Krise um Österreichs Einführung der allgemeinen Wehrpflicht einnahm. Zum Mißfallen der Kleinen Entente hatte Frankreich angesichts des NS-Terrors in Österreich im Juli 1933 der Aufstellung eines zeitlich befristeten „Militärassistenzkorps“ zugestimmt und im August 1934 die Frist verlängert⁶⁶. Als Österreich nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland verstärkt auf militärische „Gleichberechtigung“ drängte, stellte Laval ein diesbezügliches Einvernehmen mit Großbritannien in Aussicht, bestand aber auf einer Zusage Österreichs, sich an den Verhandlungsweg zu halten⁶⁷. Auch wurden in der Schlußerklärung der Konferenz von Stresa die Wünsche nach einer Revision der Militärklauseln von Saint-Germain, Trianon und Neuilly lediglich zur Kenntnis genommen, wenn auch erstmals offiziell⁶⁸.

Zur offiziellen Aufhebung des Verbots der allgemeinen Wehrpflicht oder gar zu Waf-

⁶¹ Ebenda, t. I, N° 259 (im Zusammenhang mit N° 224, 239). Im zit. Gespräch mit Chambrun bezeichnete Mussolini das Badoglio-Gamelin-Abkommen wiederum als „effectivement en vigueur“, in: Ebenda, t. II, N° 90. Noch in einem Brief Badoglios an Gamelin vom 10. 6. 1936 wies Badoglio darauf hin, daß das Abkommen vom 29. 6. 1935 für ihn noch in Kraft stehe, Italien es aber neu überdenken müsse, würden die Sanktionen nicht aufgehoben; zit. bei Adamthwaite, France, S. 42.

⁶² Zur entsprechenden Prognose General Renondeaus (frz. Militärattaché in Berlin) siehe DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 123.

⁶³ Ebenda, N° 113 (Fn.!).

⁶⁴ Ebenda, N° 138. Tatsächlich hatte eine fruchtlos verlaufene Vorsprache General Georges (Gamelins Stellvertreter) beim Politischen Direktor im Quai d'Orsay gezeigt, wie groß die Skepsis auf militärischer und die Unsicherheit auf politischer Seite war, siehe ebenda, N° 113. Der Wahlgang vom 26. 4. mochte dazu sein übriges getan haben.

⁶⁵ In dieser Form nicht aufrechtzuerhalten ist daher m. E. Bariéty's Behauptung (La France, S. 558), „Paris“ hätte für den Fall eines Anschlußversuchs weiterhin die Entsendung frz. Truppen nach dem Muster des Badoglio-Gamelin-Abkommens ins Auge gefaßt. Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch der Hinweis bei Haas, Ende, S. 37, die Militärdoktrin sei eben „auf eine defensive Linie eingeschwenkt“; denn defensiv war sie bekanntlich schon zuvor.

⁶⁶ DDF, 1re Série, t. IV, Paris 1968, N° 30 bzw. t. VII, N° 101.

⁶⁷ Siehe ebenda, t. IX, N° 414, 416, 449. Genaueres bei: Wrba, Genfer Politik, S. 89 ff., 217 ff.

⁶⁸ DDF, 1re Série, t. IX, N° 190 (Punkt 6).

fenlieferungen konnte sich Frankreich nicht entschließen⁶⁹. Österreichs in absehbarer Zeit zu erringende Verteidigungskraft erschien zu gering, als daß es ohne äußere Unterstützung auskommen könnte; zu unsicher daher auch Österreichs Neutralitätsbetueuerung (!) für den deutsch-französischen Konfliktfall⁷⁰. Eine Zusammenarbeit mit dem französischen Generalstab lehnten die österreichischen Militärs aber ebenso entschieden ab⁷¹ wie die gewünschte Zusage, italienische, französische, jugoslawische und gegebenenfalls auch tschechische Truppen nach Österreich zu lassen, sobald es sich gegen Deutschland zu verteidigen hätte⁷². Salland hielt daher nichts von weiterem französischen Entgegenkommen: „Ce serait vraiment faire un marché de dupes“. Gleichwohl warnte er davor, Österreichs „geheime“ Aufrüstung durch bewußte Störmanöver zu behindern⁷³.

Obwohl sich zunehmend abzeichnete, daß Österreich nur auf eine geeignete Gelegenheit wartete, um die allgemeine Wehrpflicht auch ohne Zustimmung der Vertragsmächte einzuführen, nahm Frankreich eine abwartende, sprich: stillschweigend dulden- de Haltung ein⁷⁴. Die ohne diplomatische Konsultation erfolgte Ankündigung der

⁶⁹ Als General Zehner (Staatssekretär für Verteidigung) den Wunsch nach kostenlosen frz. Kanonenlieferungen vortrug, forderte Salland „l'assurance formelle que, quoi qu'il arrivât, ces armes ne seraient pas, un jour retournées contre elle“. In Frage käme etwa „une déclaration de neutralité générale [faite par le Gouvernement autrichien et] garantie par les Puissances intéressées“. Salland am 23. 1. 1935 (siehe Anm. 31; von Puaux teilweise wörtl. wiederaufgenommen in DDF, 1re Série, t. IX, N° 82). Zum österr. Drängen auf die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht siehe Salland am 4. 4. und 1. 8. 1935 (siehe Anm. 31). Frz. Entgegenkommen in der einen wie der anderen Frage bot Salland gegen Gewährung strategischer Sicherheiten Ende Oktober an, dann wieder im März 1936. Salland am 24. 10. 1935 (siehe Anm. 31) und 21. 3. 1936, N° 26/S, in: SHAT 7 N 2717.

⁷⁰ Georges Castellon, *L'armée autrichienne à la veille de l'Anschluss vue par l'État-Major français*, in: *Austriaca* 26 (1988), S. 93–99. Ders., *Ein Vorspiel zum Anschluss (1935–1937)*, in: Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hrsg.), *Österreich, Deutschland und die Mächte*, Wien 1990, S. 147–166.

⁷¹ Puaux Angaben (Mort, S. 81f.) über ein diesbzgl. Gespräch mit Hornbostel am 20. 3. 1936 sind im entscheidenden Punkt unvollständig. Puaux forderte für den Konfliktfall nämlich nicht nur Österreichs Neutralität. Vielmehr hielt er zum Schutz dieser Neutralität im Ernstfall auch eine Zusammenarbeit des österr. mit dem frz. und italienischen Generalstab für unentbehrlich. Während sich Hornbostel von einer solchen Bereitschaft Jansas überzeugt gezeigt haben soll, erhielt Salland am Tag darauf von diesem eine Abfuhr, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Puaux am 20., Salland am 21. 3. 1936, beide in: SHAT 7 N 2717. Vgl. dazu den Amtsvermerk im Büro Schuschnigg vom 21. 3. 1936, Frz. Anführung bzgl. militärischer Materiallieferungen, in: ADR/NPA Zl. 36.743-13/36.

⁷² Sowohl bei den anti-französischen als auch bei den anti-tschechischen Ressentiments spielten Frankreichs Bündnisverträge mit der Sowjetunion eine gewisse Rolle: „Les Autrichiens ne peuvent pas l'admettre.“ So Jansa, siehe Salland am 21. 3. 1936 (siehe Anm. 71). Vgl. Salland am 13. 6. 1936, N° 70/S, in: SHAT 7 N 1717; ferner DDF, 2^{me} Série, t. II, N° 148; ebenda, t. III, Paris 1966, N° 102, 492; ebenda, t. IV, Paris 1967, N° 71, 160, 168.

⁷³ „Le gros danger de ce jeu [i. e.: freiner le réarmement de l'Autriche] serait (. . .) de faire celui de l'Allemagne!“ Salland am 1. 8. 1935 (siehe Anm. 31).

⁷⁴ Mit eigenmächtigem Vorgehen drohte Jansa spätestens Ende Juli 1935. Am 8. 2. 1936 warnte Salland, mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sei „en cas de circonstances favorables“ in allernächster Zeit zu rechnen. Vgl. N° 7/S, in: SHAT 7 N 2717.

„Bundesdienstpflicht“ am 1. April 1936 bedeutete eine gewisse Brüskierung⁷⁵. In Zugzwang geriet Frankreich jedoch vor allem durch angekündigte Proteste seitens der Kleinen Entente. Während die französische Gesandtschaft in Wien den Auftrag zu einer Démarche bei Berger-Waldenegg erhielt und Foreign Office wie Palazzo Chigi zu einem ähnlichen Vorgehen gedrängt wurden, ließ Flandin bei der Kleinen Entente vor „über-eilten Schritten“ warnen und empfahl einen Kompromiß: Österreich solle erst nach Einvernehmen mit den Mächten zur Ausführung seines Wehrgesetzes schreiten⁷⁶. Den Bitten Berger-Waldeneggs und Schuschniggs, Frankreich möge einen mäßigen Einfluss auf die Kleine Entente nehmen, war der Quai d'Orsay damit schon in seiner ersten Reaktion zuvorgekommen⁷⁷. Tatsächlich konnte die Anrufung des Völkerbunds, mit der die Kleine Entente drohte, durch französischen Druck schließlich verhindert werden⁷⁸. Der französische Generalstab und der Quai d'Orsay mußten den Berichten Sallands freilich nach wie vor entnehmen, was Generalstabschef Jansa trotz „Bundesdienstpflicht“ von der Wehrfähigkeit Österreichs hielt: „le problème de la mise en défense du territoire [...] est [...] à peu près insoluble“⁷⁹.

III.

Die verstärkt kritische Haltung, auf die Schuschniggs Politik nach den französischen Kammerwahlen bei der neuen Regierungsmehrheit stoßen mußte, steht angesichts der antifaschistischen Stoßrichtung des Front Populaire außer Zweifel⁸⁰. Dennoch zeigte die außenpolitische Haltung der Regierungen Blum und Chautemps nicht nur bei der

⁷⁵ Siehe DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 21. Vgl. den kritischen Bericht Sallands vom 9. 4. 1936, N° 37/S, in: SHAT 7 N 2717. Zu den kritischen Pressestimmen (sowohl in „Le Populaire“ als auch in „Le Temps“) siehe Carette, *La vision*, S. 103 ff.

⁷⁶ DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 21.

⁷⁷ Bariéty's These (*La France*, S. 555), Frankreich habe Österreich im Gegensatz zu Deutschland stets mit unbeugsamer Härte behandelt, ist daher zumindest für diesen Zeitraum nicht mehr aufrechtzu-erhalten.

⁷⁸ DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 34, 108, 117, 206; t. III, N° 261. Als Grundlage für eine weitere frz. Einflußnahme auf die Kleine Entente regte Puaux gegenüber Berger-Waldenegg zu einem österr. Aide-Mémoire an. Die Hinterlegung in Paris erfolgte am 29. 4. 1936; siehe die Weisung Berger-Waldeneggs vom selben Tag, in: ADR/NPA Zl. 37.800-13. Zur Verärgerung der Kleinen Entente über die „attitude abstensionniste de la France“ in der „Bundesdienstpflicht“-Frage siehe Salland am 10. 4. 1936, N° 39/S, in: SHAT 7 N 2717.

⁷⁹ DDF, 2^{ème} Série, t. III, N° 202; t. II, N° 116. Im November 1937 erklärte Jansa, Österreich sei frühestens in zwei Jahren verteidigungsbereit; vgl. ebenda, t. VII, Paris 1972, N° 221.

⁸⁰ Die ideologische Voreingenommenheit beruhte bekanntlich auf Gegenseitigkeit, selbst wenn die folgende, vom damaligen Presseattaché an der österr. Gesandtschaft in Paris überlieferte Äußerung Schuschniggs nicht authentisch sein sollte: „Léon Blum ne peut être ni un garant possible, ni un garant désirable [...] de l'indépendance autrichienne.“ Martin Fuchs, *Un pacte avec Hitler. Le drame autrichien 1936-1938*, Paris 1938, S. 140f.

Interventionsfrage im Spanischen Bürgerkrieg, sondern auch gegenüber Österreich pragmatische Züge⁸¹. Trotz gegenteiliger Behauptung⁸² weisen die Dokumente darauf hin, daß gerade gegenüber Österreich – wegen des strategischen Grundinteresses einerseits und der kaum noch verbliebenen Möglichkeiten einer aktiven Politik andererseits – ideologische Hemmungen entweder überwunden wurden oder aber keinen ausschlaggebenden Einfluß besaßen. Sie begleiteten die französische Österreichpolitik dieser Jahre, vermochten sie aber keineswegs mehr zu bestimmen. Soweit diese nämlich überhaupt noch stärker blockiert werden konnte als durch das Scheitern der bisherigen Konzepte und den Mangel eines neuen, so wurde sie es durch Vordringlichkeit und Rückwirkungen näherliegender Probleme der Außenpolitik (Spanien) sowie durch das Einschwenken Österreichs in den „deutschen Weg“.

Das Donaupakt-Projekt als Hauptvorhaben der französischen Zentraleuropapolitik, wie es in der Regierungserklärung vom 23. Juni 1936 festgelegt worden war, fügte sich nahtlos in deren Leitgedanken, die Schwäche des Völkerbunds durch regionale Beistandsverträge auszugleichen. Allerdings bedeutete es den Wiederbelebungsversuch einer Politik, die längst gescheitert war und nach wie vor keine besseren Erfolgsaussichten kannte. Auffallenderweise war Österreich gar nicht eigens erwähnt worden⁸³. In der Tat sollte Frankreichs Österreichpolitik mehr denn je in seiner Zentraleuropapolitik aufgehen. Damit setzte sich freilich nur eine Entwicklung fort, die sich schon unter Flandin deutlich abgezeichnet hatte.

Am 29. Juni richteten Léon Blum, dessen Außenminister Yvon Delbos und der britische Außenminister Anthony Eden von Genf aus eine kurzfristige Einladung an Schuschnigg; zur Aufnahme persönlichen Kontakts und zur Besprechung der anstehenden Probleme möge er persönlich an der Völkerbund-Sitzung teilnehmen. Die Initiative rührte offenbar aus der wachsenden Besorgnis über wiederauflebende Restaurationsgerüchte und einem Unbehagen über erneute Verhandlungen Österreichs mit Deutschland⁸⁴. Von deren Aufnahme hatte Schuschnigg Puaux erst am 19. Mai mit den Worten in

⁸¹ „Der Herr Minister des Äußeren [Delbos] (...) sagte, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten seien ja so gut, daß sich unsere Zusammenarbeit sicherlich im angenehmsten Rahmen abspielen werde.“ So der von Rom nach Paris versetzte neue österr. Gesandte in Paris, Alois Vollgruber, am 10. 7. 1936, in: ADR/NPA, Nr. 54/pol. „Ministerpräsident [Blum] und Unterstaatssekretär für Äußeres [Pierre Viénot] konnten es, ihrer ideologischen Einstellung entsprechend, nicht unterlassen, wenn auch unter allen möglichen Entschuldigungen und unter Hinweis darauf daß es sich nur um ganz private Ansichten handle, mehr oder weniger deutlich verstehen zu geben, daß sie die beste Sicherung unserer Unabhängigkeit, in einer demokratischen Regierungsform' erblicken würden, obzwar sie in der sich entwickelnden Debatte wenigstens das selbst konstatierten daß ‚eine Rückkehr zu einer solchen jetzt ja nicht (!) möglich sei.“ So Vollgruber am 19. 7. 1936, in: ebenda, Nr. 58/pol. Mit fast denselben Worten Blum zu Puaux im Mai 1937: Puaux, Mort, S. 91. Vgl. auch Vollgruber am 20. 1. 1938, zit. in: Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht, Wien 1947, S. 539.

⁸² Am Entschiedensten Bariéty, La France, passim.

⁸³ Dazu der Geschäftsträger an der österr. Gesandtschaft in Paris, Norbert Bischoff, am 24. 6. 1936, in: ADR/NPA, Nr. 51/pol.

⁸⁴ DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 347, 350, 397. Bargeton nahm Bischoffs „neuerliche Versicherung“, die Re-

Kenntnis gesetzt, dem „Quasi-Kriegszustand“ zwischen Deutschland und Österreich müsse durch „Detailmaßnahmen“ ein Endgesetzt und ein *modus vivendi* gefunden werden⁸⁵. Während Salland sofort Gefahr witterte und der gerade in Wien weilende Abgeordnete E. Pezet am Ballhausplatz seinen Befürchtungen Ausdruck gab, beteuerte Puaux, Schuschnigg kenne die Grenzen der Konzessionsbereitschaft genau⁸⁶. Wenigstens in der französischen Presse löste Schuschniggs Ablehnung der Einladung nach Genf, die nicht zuletzt auf deutschen und italienischen Druck hin erfolgte, erheblichen Unmut aus⁸⁷.

Nach dem Bericht des neuen österreichischen Gesandten in Paris, Alois Vollgruber, hatte Delbos mit dem geplanten deutsch-österreichischen Abkommen – „selbstverständlich bei Aufrechterhaltung aller unserer nur zu berechtigter Petita“ – die Hoffnung auf „einen gewissen Zeitgewinn“ verbunden und in einer „offiziellen Erklärung Herrn Hitlers über die Respektierung unserer Unabhängigkeit und die Nichteinmischung“ sogar ausdrücklich einen „diplomatischen Erfolg für Österreich“ erwartet⁸⁸. Doch schon das offizielle deutsch-österreichische Kommuniqué vom 11. Juli 1936 löste in der französischen Diplomatie Bestürzung aus, hieß es darin doch: „Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich, stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht.“⁸⁹ Während Vollgruber im Quai d'Orsay neben zur Schau gestellter „großer Ruhe“ eine „große Reserve“ feststellte⁹⁰,

stauration sei „nicht aktuell“, „mit einiger Erleichterung zur Kenntnis“. Bischoff am 27.6. 1936, in: ADR/NPA, Nr. 52/pol. Im übrigen versicherten sowohl Delbos als auch Léger, „Frankreich nehme an dieser Frage nur ein ‚indirektes Interesse‘, und zwar nur insofern, als diese Frage eventuell den Funken abgeben könnte, der das Pulverfaß in die Luft sprengt“. Vollgruber am 10. bzw. 19.7. 1936, in: ADR/NPA, Nr. 54 bzw. 58/pol.

⁸⁵ Einen „accord politique“ schloß Schuschnigg kategorisch aus, „car il est impossible pour nous de négocier sur ce terrain avec M. Hitler“. In: DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 225.

⁸⁶ Ebenda, N° 327. Salland am 25.5. und bes. am 5.7. 1936, Nr. 65/S bzw. 82/S, in: SHAT 7 N 2717 (teilweise zit. bei Castellan, Vorspiel, S. 154 bzw. 156). Ernest Pezet, *Fin de l'Autriche, fin d'une Europe*. Préface de M. Edouard Herriot, Paris 1938, S. 56.

⁸⁷ Zur deutschen Intervention siehe: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie C (1933–1937), Bd. V/2, Göttingen 1977, Nr. 410, 415. Auf die aus den Papieren Cianos hervorgehende Intervention Mussolinis weist hin Alfred Low, *The Anschluss Movement, 1931–1938 and the Great Powers*, New York 1985, S. 264. Kritische frz. Pressestimmen finden sich im ADR/Nachlaß Hombostel, Kart.-Nr. 6. Delbos zeigte Vollgruber gegenüber für Schuschniggs Absage Verständnis, gab aber seiner Hoffnung Ausdruck, ihn bei der Herbsttagung des Völkerbunds zu sehen. Vollgruber am 10.7. 1936 (siehe Anm. 84). Schuschnigg kam jedoch auch nicht zur Herbstsitzung. Daran sollte ihn Delbos im Februar 1938 erinnern (siehe Anm. 134), umso mehr, als ihm der österr. Vertreter beim Völkerbund Ende Januar 1938 Österreichs Absicht mitgeteilt hatte, an den Beratungen nur mehr als „Beobachter“ teilzunehmen. Ohne Umschweife erklärte Delbos dies für „extrêmement dangereux“ und „comme un demi-abandon de la SDN“. Vgl. DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, Paris 1973, N° 61.

⁸⁸ Vollgruber am 10.7. 1936 (siehe Anm. 84).

⁸⁹ Hier zit. nach Hochverratsprozess, S. 476 ff. Zu den wichtigen, luziden Reaktionen François-Poncets, auch Puaux und Sallands, siehe mit ausführlichen Zitaten: Haas, Ende, S. 14 ff., ferner Thomas Angerer, *Erster Schritt zum Anschluß? Frankreich und das Juliabkommen*, in: *Geschichte und Gegenwart* 7 (1988), S. 185–194 (hier 189 ff.).

⁹⁰ „Die Tatsache einer Abgabe einer derartigen Erklärung [Anerkennung der Souveränität Österreichs]

fragte sich sogar Frankreichs wohlinformierter und austrophiler Gesandter beim Heiligen Stuhl, François Charles-Roux, was von der Unabhängigkeit Österreichs noch bleibe. Seine Antwort: „A mon avis, pas grande chose.“⁹¹

Mit dem Juliabkommen endete für Frankreichs Österreichpolitik jene Phase, die mit der Machtübernahme Hitlers bzw. dem erklärten Selbstbehauptungswillen Dollfuß' angebrochen war. Anders als in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren glaubte Frankreich in ihr davon ausgehen zu können, „daß die Interessen der beiden Staaten glücklicher Weise parallel liefen“⁹² und in Österreich zumindest von der politischen Führung auch so verstanden wurden. „Seit man uns mit dem 11. Juli aus den Reihen der offenen Gegner Deutschlands habe streichen müssen, hätte man hier begreiflicher Weise immer ‚des préoccupations‘“, zitierte Vollgruber einen hohen Beamten des französischen Außenministeriums, der mit elegantem Understatement den Tenor zahlreicher Stimmen zum Ausdruck brachte⁹³.

In Frankreich hatte man den festen Eindruck, daß nun nicht nur in militärischer, sondern auch in politischer Hinsicht auf Österreichs Widerstandswillen gegen Deutschland kein Verlaß mehr war⁹⁴. Hinzu kam eine weitere, vielleicht noch wichtigere Schlußfolgerung: Das Juliabkommen führte Léon Blum – und mit ihm Yvon Delbos – zur Überzeugung, daß auch auf Italiens Unterstützung von Frankreichs anti-deutscher Politik in Zentraleuropa kein Verlaß mehr sein würde⁹⁵; daß vielmehr eine deutsch-italienische Annäherung eingeleitet sei, die Frankreich nur schaden konnte. „[W]hat has been a ditch dividing Germany and Italy was now a bridge“, so Blum am 15. Juli zum britischen Botschafter in Paris⁹⁶. Österreich aber hatte nun, so Charles-Roux, zwei „Kontrolleure“,

durch die Reichsregierung wertete man als einen großen diplomatischen Erfolg Österreichs (. . .). Andererseits war man hier seit drei Jahren gewöhnt, mit dem gespannten Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland als mit einer gegebenen und doch nicht gerade unangenehmen Tatsache zu rechnen, und fragt sich, wie sich die Sache weiter entwickeln wird, wobei der mögliche Einfluß des Zustandekommens dieses Arrangements auf die Haltung Italiens besonders beachtet wird.“ Vollgruber am 19.7. 1936 (siehe Anm. 84). Im Außenausschuß der Kammer legte Delbos am 20.7. 1936 angesichts besorgter Fragen freilich Zuversicht an den Tag; Carette, *La vision*, S. 111. Entsprechend auch der Ton in „Le Populaire“ und „Le Temps“, zit. in: Ebenda, S. 112f. Vgl. aber Ernest Pezet in „Sept“ vom 24.7. 1936.

⁹¹ DDF, 2^{ème} Série, t. III, N° 43.

⁹² So die Formulierung Delbos' noch unmittelbar vor dem Juliabkommen, Vollgruber am 10.7. 1936 (siehe Anm. 84).

⁹³ Vollgruber am 21. 10. 1936, in: ADR/NPA Zl. 32.575-13.

⁹⁴ Allerdings „bedauerte“ Léger schon beim erwähnten österr. Aide-Mémoire zur Einführung der „Bundesdienstpflicht“, „hier Argumenten zu begegnen, die mir eher in der deutschen als in der österreichischen politischen Doktrin beheimatet zu sein scheinen“. Bischoff am 2.5. 1936 (Konzept), in: ADR/Gesandtschaftsarchiv (GA) Zl. 3356. Vgl. bei früherer Gelegenheit noch ähnlich kritische Worte Puaux, in: DDF, 2^{ème} Série, t. I, N° 332.

⁹⁵ Dies betont Adamthwaite, *France*, S. 52.

⁹⁶ DBFP, 2nd series, Vol. XVI, London 1977, Nr. 453. Schon im März 1936 war im Quai d'Orsay der Verdacht auf ein deutsch-italienisches Einvernehmen in der Österreichfrage aufgekommen, vgl. DDF, 2^{ème} Série, t. I, N° 341, 371.

die es von allfällig noch einmal unternommenen Annäherungsversuchen gegenüber der Kleinen Entente tunlichst abzuhalten wüßten⁹⁷.

Vor diesem Hintergrund sind die Telegramme, mit denen der Quai d'Orsay am 17. Juli 1936 (dem Tag des Beginns des Bürgerkrieges in Spanien) auf Puaux Mitteilung antwortete, Schuschnigg sei überzeugt, die französische Regierung sei am Schicksal Österreichs nicht mehr interessiert, trotz ihres höchst unwirschen Tons als Ausdruck gereizter Hilflosigkeit zu werten⁹⁸. Von der Ratlosigkeit, die Frankreichs Österreichpolitik zunehmend beherrschte, kann nicht ohne weiteres auf Unbekümmertheit geschlossen werden⁹⁹. In den Dokumenten häufen sich lediglich die pessimistischen Einschätzungen der Entwicklung in Österreich durch die damit näher befaßten französischen Auslandsvertretungen (selbst Puaux hielt seinen beharrlichen Zweckoptimismus nicht immer durch)¹⁰⁰, sowie die Anzeichen wachsender Resignation im Quai d'Orsay. So schrieb Vollgruber im Oktober 1936, er bekomme in Paris immer öfter zu hören, Österreich gehöre ja „überhaupt schon ganz zum deutschen Block“¹⁰¹. Auch setzte der Politische Direktor im französischen Außenministerium, Paul Bargeton, gegenüber Vollgrubers zuversichtlichen Beteuerungen schließlich nur mehr eine „bittersüße Miene“ auf. Mit Blick auf die „Sympathien für das heutige Deutschland“, die „eben trotz aller Einwirkung der Bundesregierung bei uns [in Österreich] Fortschritte zu machen schienen“, sowie auf Italiens zunehmende Abhängigkeit von Deutschland meinte Bargeton: „Wenn uns [die Österreicher] aber Italien einmal ganz verlassen sollte, dann würde uns schließlich der ganze Widerstand nichts nützen und wir würden doch eines Tages ‚infeodiert‘ werden.“¹⁰²

In der Tat spielte die Sorge um die italienische Haltung in der Österreichfrage auch in Delbos' Amtszeit eine größere Rolle, als es aufgrund der Weigerung, Italien weiter als durch Aufhebung der Sanktionen (4. Juli 1936) und Zurückhaltung im Spanischen Bür-

⁹⁷ DDF, 2^{ème} Série, t. III, N° 43. Puaux blieb mit seinen Beschwichtigungsversuchen (N° 41) in der frz. Diplomatie ziemlich alleine.

⁹⁸ Im Gegensatz zu Bariéty, *La France*, S. 562. Siehe DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 444, 465, 466. Vgl. bereits Haas, Ende, S. 50.

⁹⁹ So aber Komjathy, *The Crises*, S. 180.

¹⁰⁰ DDF, 2^{ème} Série, t. IV, N° 71, 149. Hingegen Puaux offensichtliche Schönfärberei am 30. I. 1937, in: MAE/Série Europe 1930–1938, Sous-série Autriche (AUT), vol. 200. Letzteres in Stellungnahme zu DDF, 2^{ème} Série, t. IV, N° 233. Vgl. ebenda, t. VI, Paris 1970, N° 237, sowie Salland am 3. 9., 30. 11. und 16. 12. 1936, N° 95/S, 129/S und 135/S, in: SHAT 7 N 2717.

¹⁰¹ Brief Vollgrubers an Hornbostel vom 21. 10. 1936, im weiteren zugeleitet an Schmidt, Hoffinger, Jansa und Wildner. In: ADR/NPA 60, Zl. 43 575/13.

¹⁰² Vollgruber am 23. 9. 1937, in: ADR/NPA Nr. 118/pol. Delbos' Kabinettschef beeilte sich zu bagatelisieren, siehe Vollgruber am 5. 10. 1937, Nr. 123/pol., in: ebenda. Schon im September 1936 hörte sich Generalsekretär Léger Vollgrubers rosige Ausführungen über die Auswirkungen des Juliabkommens nur mehr „scheinbar mit Interesse“ an, „machte aber keinerlei Bemerkungen“. Vollgruber am 24. 9. 1936, in: ADR/GA Nr. 79/pol. Ähnliche Äußerungen Delbos' und Blums finden sich in den Berichten des amerikanischen Botschafters in Paris, siehe: Alfred D. Low, *The Anschluss Movement, 1933–38, and the Policy of France*, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte XI, Tel-Aviv 1982*, S. 311 ff.

gerkrieg entgegenzukommen, den Anschein haben konnte. Mochte das wachsende Mißtrauen auch in Delbos' bzw. Blums oft erwähnten ideologischen Voreingenommenheiten wurzeln, so konnten die Berichte der französischen Diplomatie ihre Skepsis doch nur bekräftigen¹⁰³. Gerüchte, wonach Schuschniggs Restaurationspläne nunmehr auf das Einverständnis Roms und Berlins rechnen konnten, lösten im Winter 1936/1937 bei der Kleinen Entente und folglich auch in Paris vorübergehend einige Nervosität aus¹⁰⁴. Die Alternative „Anschluß oder Habsburg“, wie sie Blum im Februar 1937 auf Österreich zukommen sah, war für Frankreich unannehmbar¹⁰⁵. Nachrichten wiederum, nach denen Mussolini Österreich schlicht fallengelassen habe, verdichteten sich im April 1937 anlässlich des Treffens Schuschnigg-Mussolini in Venedig. Eine Bestandsaufnahme im Dezember sollte ebenso entmutigend ausfallen¹⁰⁶. So begreiflich Puaux bis zuletzt an den Quai d'Orsay gerichtete Mahnungen nach einer französisch-italienischen Verständigung auch waren: Sie gingen von einer Vorrangigkeit der Österreich- bzw. Zentraleuropapolitik und vor allem von deren Vereinbarkeit mit anderen Kernanliegen aus, die seit dem italienisch-deutschen Engagement im Spanischen Bürgerkrieg und seit Bildung der „Achse“ weder in Frankreich noch gar in Italien mehr bestanden.

Auch die unter den Regierungen des Front Populaire wieder zunehmende Ausrichtung auf Großbritannien bedeutete für die französische Österreichpolitik keine wesentliche Neuerung. Es fiel nur stärker auf, was schon in Stresa deutlich zu Tage getreten war: Weiter als Großbritannien würde Frankreich für Österreich im Ernstfall nicht gehen. Je näher der Ernstfall zu rücken drohte, je weniger bloße Worte ohne glaubwürdigen militärischen Rückhalt noch galten, desto unbedeutender wurde der Spielraum, der Frankreich auf diplomatischer Ebene blieb, um über Großbritanniens Österreichpolitik wenigstens auf diplomatischer Ebene hinausgehen zu können. Gerade in diesem Spielraum stellt sich nunmehr die Frage nach allfällig noch feststellbarer Aktivität in Frankreichs

¹⁰³ DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 232, 262, sowie die auch von Puaux (am 28. 9. 1936) geteilte, luzide Analyse Charles-Roux vom 16. 7. 1936 in: MAE/AUT 199.

¹⁰⁴ DDF, 2^{ème} Série, t. II, N° 449; t. IV, N° 46, 160. Eine von Bariéty (La France, S. 563) kritisierte diesbzgl. Rückversicherung, die Delbos in Rom einholen ließ (ebenda, t. IV, N° 200), lag ganz auf Frankreichs Linie, keinerlei Restaurationskrisen riskieren zu wollen. Die Gerüchte erwiesen sich übrigens rasch als zumindest übertrieben; vgl. ebenda, N° 227 (Anm. 1), 208, 213 (mit Anm. 2). Erneute Besorgnis regte sich im Februar 1937, nicht zuletzt nach Schuschniggs Rede vom 14. 2., in: ebenda, N° 454 (mit Anm. 2), 472. Vgl. auch Vollgruber am 18. 2. 1937, in: ADR/NPA Nr. 30/pol. Neuraths Besuch in Wien brachte dann zumindest über die deutsche Haltung eine Klärung; vgl. DDF, 2^{ème} Série, t. V, Paris 1968, N° 19, 25, 75.

¹⁰⁵ Foreign Relations of the United States (FRUS) 1937, Vol. I, Washington 1954, S. 54. Überlegungen in konservativen Abgeordnetenkreisen (etwa von Ernest Pezet), lieber eine Restauration als einen Anschluß in Kauf zu nehmen, blieben trotz der Hoffnungen, die Vollgruber in Wien erwecken mochte, in der Minderheit. Vollgruber am 28. 2. 1937, in: ADR/NPA Nr. 35/pol.

¹⁰⁶ DDF, 2^{ème} Série, t. V, N° 242, 243, 290, 326, 342. Ferner Delbos' Weisung an Puaux, Chambrun und François-Poncet vom 27. 11. 1937, zu einer Aufstellung der oft widersprüchlichen Indizien für die Haltung Italiens in der Österreichfrage Stellung zu nehmen: „(. . .) l'impression essentielle qui s'en dégage est qu'une grande incertitude subsiste.“ In: MAE/AUT 211. Dazu Blondel am 20. 1. 1938: „(. . .) en fin de compte, la décision finale [de M. Mussolini] dépend, à mon avis, du gouvernement allemand et de nul autre.“ Also nicht etwa von Frankreich! Vgl. DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 15.

Österreichpolitik. Entscheidend ist dabei nicht, ob und wieviele Weisungen zwischen dem 17. Juli 1936 und dem 18. Februar 1938 vom Quai d'Orsay nach Wien gegangen sind¹⁰⁷. Als notorischer Dollfuß- und Schuschnigg-Apologet konnte Puaux bei Delbos, Viénot oder Blum nicht viel Gehör finden und wurde in der diplomatischen Korrespondenz umso weniger berücksichtigt, als für Frankreichs Österreichpolitik, wie Puaux selbst warnte, ohne Absicherung durch Großbritannien, Italien und Deutschland nicht viel zu holen war. Bezeichnenderweise wurde Puaux auch nicht durch einen Vertrauensmann ersetzt, wie Otto Bauer es Blum nach dessen Wahlsieg zum Zeichen eines französischen Haltungswechsels vorgeschlagen hatte und Karl Renner es bei seinem Parisbesuch im Juli 1937 von Blum und Delbos erneut erbat¹⁰⁸. Entscheidend ist vielmehr, inwiefern Frankreich seine Vermittlungspolitik zwischen Österreich und der Kleinen Entente fortsetzte, und ob bzw. inwieweit es Deutschland im Rahmen seiner Beteiligung an der britischen Appeasement-Politik bezüglich Österreichs entgegenzukommen bereit war.

Zur ersten Frage ist festzustellen, daß sich der Quai d'Orsay weiterhin entschlossen zeigte, die Kleine Entente vor antirestaurativen Kundgebungen zurückzuhalten, die Schuschniggs Schmerzgrenze überschritten hätten¹⁰⁹. Frankreichs wiederholte Anregungen zu einer Annäherung Österreichs an die Tschechoslowakei bzw. an die Kleine Entente gingen über verlegene Zeichen guten Willens jedoch nicht hinaus und hatten auch keinerlei Aussicht auf Erfolg. So klagte Delbos im Mai 1937 angesichts eines bevorstehenden Besuchs des Staatssekretärs für Äußeres, Guido Schmidt, er wisse gar nicht, was er diesem sagen solle¹¹⁰. Immerhin ließ Delbos sowohl in Prag als auch in Wien Möglichkeiten einer österreichisch-tschechischen Annäherung sondieren¹¹¹. Aller-

¹⁰⁷ Siehe Bariéty in der Literatur inzwischen wiederholt übernommene Behauptung, im genannten Zeitraum sei von Paris (zumindest laut DDF) keinerlei Weisung oder auch nur Informationsansuchen an die frz. Gesandtschaft in Wien ergangen, sodaß es eo ipso keine frz. Österreichpolitik gegeben habe. Vom multilateralen Rahmen abgesehen sei auf die praxisnahen Einwände eines erfahrenen Diplomaten und ehemaligen Außenministers verwiesen: Erich Bielka, Österreich und Frankreich 1938–1945, in: *Relations franco-autrichiennes 1870–1970, Austriaca (1986/Special Colloque)*, S. 204; sowie etwa auf die angeführten bzw. noch anzuführenden Dokumente vom 7.5. 1937 (DDF, 2^{ème} Série, t. V, N° 410/Anm. 1), 13. 12. 1937 (t. VII, N° 358/Anm. 2), 27. 12. 1937 (in: MAE/AUT 211). Wie lückenhaft die diplomatischen Archive des Quai d'Orsay für die dreißiger Jahre im übrigen sind, ist bekannt.

¹⁰⁸ Brief Otto Bauers an Blum vom 20.5. 1936 (an Léger weitergeleitet), in: MAE/P 1940, Léger 11. Zu weiteren, sonst m. W. noch nicht erfaßten Interventionen Bauers und Renners in Paris siehe einschlägige Briefdokumente in: Jacques Hannak, Karl Renner und seine Zeit, Wien 1965, S. 629–639. Erst nach ‚Berchtesgaden‘ wurde Puaux in ‚Le Populaire‘ irreführender Berichterstattung bezichtigt, siehe Ausgabe vom 16. 2. 1936, zit. in: Carette, La vision, S. 154 f.

¹⁰⁹ DDF, 2^{ème} Série, t. V, N° 114, 168; Vollgruber am 23.3. 1937, in: ADR/NPA Zl. 37.318/13.

¹¹⁰ Orville Bullitt, For the President, Personal and Secret. Correspondence between F. D. Roosevelt and William C. Bullitt, New York 1973, S. 210, sowie FRUS 1937, Vol. I, S. 90. Zur Inaktualität einer gerüchtweise geplanten britisch-frz. Garantieerklärung siehe Vollgruber am 6. und 8.5. 1937, in: ADR/NPA Nr. 67/pol., 68/pol.

¹¹¹ DDF, 2^{ème} Série, t. V, N° 410 (Anm. 1), 412, 428. Benes ließ Delbos wissen, er sei an der Erneuerung und Erweiterung des ausgelaufenen Freundschaftsvertrags mit Österreich von 1924 interessiert, erwarte allerdings eine Initiative von seiten Österreichs.

dings mußte er feststellen, daß Schmidt eine demonstrative Interessenbekundung Frankreichs vermieden wissen wollte¹¹² und weder die Wiener noch die Prager Regierung zu einem ersten Schritt bereit war¹¹³.

Anfang November erreichte den Quai d'Orsay Puaux Mitteilung, der Leiter der Wirtschaftssektion im Wiener Außenamt, Richard Schüller, habe einen Plan zur Aufhebung der Devisensperren im Donauraum (bei Garantie der Wechselkurse durch die Westmächte) entwickelt und warte nun auf ein ermutigendes Echo aus London und Paris¹¹⁴. Soweit sich die französische Reaktion auf den „Schüller-Plan“ in der gerade hier besonders lückenhaften Dokumentation verfolgen läßt, zeugt sie von der Bereitschaft, das Vorhaben im Sinne einer Neuauflage des „Hodža-Plans“ zu unterstützen und sowohl in London als auch bei der Kleinen Entente dafür zu werben¹¹⁵. Der Quai

¹¹² Ein Protokoll des Gesprächs Delbos – Schmidt konnte weder im Quai d'Orsay noch im Österr. Staatsarchiv aufgefunden werden. Siehe aber ebenda, t. VIII, N° 179; inhaltlich bestätigt durch den Zirkularerlaß Hornbostels vom 24.5. 1937, in: ADR/GA 162 (Reservatsakten), Zl. 39.583-13. Schmidts betont prodeutsches Auftreten wurde auch von Blum mit Befremden bemerkt (FRUS 1937, Vol. I, S. 93) und bildete einen der Vorwürfe, die 1947 in dem gegen ihn angestrengten Hochverratsprozeß verhandelt wurden: Hochverratsprozeß, bes. S. 48f., 149, 152, 189. Delbos' Bereitschaft, auf den österr. Wunsch nach äußerer Zurückhaltung einzugehen, wurde als „hardly understandable“ bezeichnet (Komjathy, *The Crises*, S. 196.). Sie läßt sich jedoch durch die vorausgegangene, vergebliche Bemühung Delbos' erklären, Großbritannien zu einer stärkeren Stellungnahme zugunsten Österreichs zu bewegen, siehe DDF, 2^{ème} Série, t. V, N° 429.

¹¹³ DDF, 2^{ème} Série, t. V, N° 448. Delbos' an Prag ergangene Weisung, bei den Verhandlungen mit Wien behutsam vorzugehen, folgte auf die Nachricht, Österreich sehe sich deutscher- und italienischerseits starkem Druck ausgesetzt. Die Mahnung stellte eine Warnung zum Zweck eines „heureux aménagement de la négociation éventuelle“ dar, nicht ein Störmanöver, wie Bariéty behauptet (*La France*, S. 566), siehe DDF, 2^{ème} Série, t. V, N° 444, 455. Bereits Ende April waren Delbos' Kabinett auf privatem Wege Informationen zugekommen, wonach Österreich bei seinen Annäherungsbemühungen in der Tschechoslowakei auf Schwierigkeiten stoße; Note vom 20.4. 1937, in: MAE/P 1940, Cab. Delbos 1. Ferner berichtete Gesandtschaftsrat Montbas von einem vertraulichen Gespräch mit Bundespräsident Miklas, „les espoirs qu'il fonde sur une réorganisation pacifique de l'Europe Centrale reposent avant tout sur les conseils de sagesse que Londres et Paris pourraient donner à Prague“; vgl. Montbas am 25.5. 1937, in: MAE/AUT 211. Doch Wien zeigte sich „visiblement gêné par toute avance de la Tchécoslovaquie“; vgl. DDF, 2^{ème} Série, t. VI, N° 10. Hatte Schuschnigg Puaux nicht schon im März bzgl. einer Annäherung Österreichs mit der Tschechoslowakei erklärt „qu'il ne pouvait pas risquer ses amitiés“? Ebenda, t. V, N° 75.

¹¹⁴ DDF, 2^{ème} Série, t. VII, N° 181.

¹¹⁵ Es war Delbos, der während der französisch-britischen Verhandlungen am 29.11. 1937 die Sprache auf die nötige finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der Donaustaaten brachte und sich die Ermächtigung geben ließ, bei seiner darauffolgenden Ostmitteleuropareise auf eine wirtschaftliche Annäherung auch im Namen Großbritanniens zu drängen. Vgl. ebenda, N° 287; DBFP, 2nd series, Vol. XIX, London 1982, Nr. 354. Außer in Polen fand Delbos mit seinem diesbzgl. Werben überall Anklang, Hodža stellte ein Memorandum in Aussicht. Vollgruber am 28.12. 1937, in: ADR/NPA Nr. 166/pol. Österreich gegenüber ließ der Quai d'Orsay auf erneute Anfrage Puaux hin am 13.12.1937 seine Unterstützung des „Schüller-Plans“ versichern; DDF, 2^{ème} Série, t. VII, N° 337, 358 (mit Anm. 2). Auf eine diesbzgl. schriftliche Stellungnahme des Quai d'Orsay (die im Archiv nicht aufgefunden werden konnte) weist Massigli in einem persönlichen Brief an Puaux vom 15.2.1938 hin; in: MAE/PAAP Massigli 102 (Puaux).

d'Orsay stieß jedoch nicht zuletzt bei den eigenen Fachministerien auf Schwierigkeiten¹¹⁶. Schuschniggs Verwahrung gegen jeden politischen oder gegen Deutschland gerichteten Anschein, den die gewünschte wirtschaftliche Zusammenarbeit im Donauraum annehmen mochte, trug überdies nicht dazu bei, die geringen Erfolgsaussichten zu erhöhen¹¹⁷. Der Episodencharakter des Schüller-Plans zeigte nur, wie wenig Paris in der verfahrenen politischen Situation Zentraleuropas (und Frankreichs selbst) für Österreich noch in die Waagschale zu werfen hatte¹¹⁸.

Immerhin stellte sich bei Österreich, anders als bei der Tschechoslowakei, keine Bündnisfrage. Blum und Delbos, ganz in der Tradition ihrer Vorgänger, ließen von Anfang an keinen Zweifel daran, daß dieser Unterschied für den Ernstfall entscheidend wäre: „France would not make war to prevent German occupation of Austria“, so Blum im Beisein Delbos' Ende Februar 1937 zum amerikanischen Botschafter in Paris. Und Delbos zu diesem Ende April: „Hitler could now take Austria at any time he might choose without creating serious international complications.“¹¹⁹ Wie bislang zuwenig beachtet wurde, hatte es in der französischen Österreichpolitik der verbleibenden Monate mit solcher Ratlosigkeit¹²⁰ jedoch nicht sein Bewenden. Hier – nicht etwa bei Frankreichs mangelnder Kriegsbereitschaft, die bei der Tschechoslowakei zur Debatte steht – liegt der Erklärungsbedarf.

¹¹⁶ „(. . .) ce que nous pouvons offrir à Schuller [sic] en ce moment (. . .) est terriblement peu. Nos difficultés sont grandes du côté des Ministères techniques, et il a fallu donner aux Tchécoslovaques une partie de ce qu'on aurait voulu donner aux Autrichiens.“ Massigli am 15. 2. 1938 in: MAE/PAAP Massigli 102.

¹¹⁷ DDF, 2^{ème} Série, t. VII, N° 358. Mißverständnisse über einen österr. Rückzieher in Sachen „Hodža-Plan“ mußten erneut Ende Februar 1938 geklärt werden; vgl. t. VIII, N° 217, sowie Delbos an Corbin am 24. 2. 1938, in: MAE/AUT 212.

¹¹⁸ Die auf Delbos' erwähnte Anregung im Dezember 1937 folgenden Vorschläge Milan Hodžas fanden im Quai d'Orsay ihren Anwalt gegenüber dem Foreign Office. Vgl. etwa die entsprechenden Abschnitte in den frz. Memoranden vom 18. 2. und 2. 3. 1938 (siehe Anm. 138). Gegen die britische Vorstellung, Deutschland müsse in die Wirtschaftskooperation im Donauraum einbezogen werden, führte Delbos gerade das Beispiel Österreichs an, das sich gegen wirtschaftliche „Unterwerfung“ durch Deutschland zu wehren habe. Delbos an Corbin am 5. 3. 1938, in: MAE/AUT 207.

¹¹⁹ FRUS 1937, Vol. I, S. 54, 85, auch 52 f. Wohl zurecht meint Low (Policy of France, S. 311), Delbos hätte Österreich im Jahre 1937 bereits „abgeschrieben“. Schon im Sommer 1936 kolportierte man in Wiener Regierungskreisen resigniert, Blum und Delbos hätten Hubert Ripka (einem tschechischen Publizisten und Vertrauensmann Beneš') erklärt, Frankreich werde für Österreich keinenfalls militärisch einschreiten. Enquête en Europe centrale [M. de Pourville], 25. 8. 1936, in: MAE/P 1940, Cab. Delbos 1 (hier folio 20). Am 16. 7. 1937 berichtete der Abgeordnete Félix Grat im Außenausschuß der Kammer von seinem Wien-Besuch, Schmidt habe ihm glattweg gesagt: „Si nous avons des difficultés, vous ne bougeriez pas. Vous ne rempliriez pas vos obligations.“ Carette, La vision, S. 133.

¹²⁰ Bullitt sprach von „dispair“. Bullitt, For the President, S. 213.

IV.

Wie Franz von Papen bei informellen Gesprächen mit Blums Nachfolger Camille Chauvets und Finanzminister Bonnet um die Monatswende Oktober/November 1937 in Paris mit Genugtuung feststellte, zeigte die französische Politik gegenüber Deutschland nunmehr ein gewisses Entgegenkommen, und dies nicht zuletzt in der Österreichfrage. Papens Vorschlag lautete auf „evolutionäre Weiterentwicklung des Abkommens vom 11. Juli 1936: engste wirtschaftliche und geistige Interessengemeinschaft unter Aufrechterhaltung der österreichischen Selbständigkeit“¹²¹. Dies bedeutete, daß Frankreich aus dem, was bereits unaufhaltsam im Gange war, Deutschland keinen Vorwurf mehr machen würde, daß es dafür aber zugesichert bekäme, woran ihm vor allem anderen lag: „selbstverständlich nicht Désintéressement an territorialen Veränderungen“, aber „keine grundsätzlichen Einwendungen gegen weitere Angleichung gewisser Einrichtungen Österreichs an die Deutschlands“¹²².

Angleichung statt Anschluß – so ließe sich der nunmehrige Verlegenheitsgrundsatz der französischen Österreichpolitik zusammenfassen. Er war nicht von der Hoffnung getragen, den Anschluß auf Dauer verhindern, wohl aber, ihn noch für eine Weile hinauszögern zu können¹²³. Diese Politik machte aus der Not eine Tugend, indem sie vom einst so beklagten Juliabkommen zu retten suchte, was laut Papen offenbar noch zu retten war: Deutschlands formelle Anerkennung der österreichischen Eigenstaatlichkeit.

Die Forderung nach einer Erneuerung dieser Anerkennung war es auch, auf die Delbos Ende November in den französisch-britischen Besprechungen über die Grundsätze des beabsichtigten „règlement général“ mit Deutschland bestand. Deren Aufnahme in das verabschiedete Verhandlungsprogramm bedeutete durchaus, zieht man das Pathos ab, „einen ganz deutlichen Sieg französischer Konzeptionen“¹²⁴. Ließ das Ergebnis der Gespräche bezüglich der Tschechoslowakei bekanntermaßen zu wünschen übrig, bedeutete es immerhin ein Dementi für die Gerüchte, wonach Lord Halifax (entgegen der Zusicherungen Edens gegenüber Delbos) während seiner vorausgegangenen Sondierungsmission in Deutschland ein weitgehendes Desinteresse Großbritanniens an der

¹²¹ ADAP, Serie D, Bd. I, Baden-Baden 1950, Nr. 22, 63. Vgl. Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, Innsbruck 1952, S. 453 f. (wo Papen auch mit Blum gesprochen haben will; dieser habe sich allerdings auf keine Stellungnahme festlegen lassen). Siehe auch FRUS 1937, Vol. I, S. 152 f. Auf Guido Schmidts Frage, ob Papen „les mains libres pour le Reich en Autriche“ gefordert habe (DDF, 2^{ème} Série, t. VII, N° 227), fand sich bislang keine Antwort dokumentiert. Dies läßt m. E. nicht die weitreichenden Schlüsse zu, die Bariéty (*La France*, S. 562) daraus über die angebliche Gleichgültigkeit des Ministeriums gegenüber Puauxs Telegrammen zieht.

¹²² ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 57, auch 46. Sogar der für seine Verfechtung eines viel weitergehenden frz. Desengagements von Zentraleuropa bekannte Flandin meinte noch am 1. März 1938: „Ein förmlicher ‚Anschluß‘ müßte aber unter allen Umständen vermieden werden.“ Vgl. ebenda, Nr. 132.

¹²³ Über Delbos' Befürchtung eines bald bevorstehenden deutschen Schlags gegen Österreich siehe FRUS 1937, Vol. I, S. 158 f.

¹²⁴ Hanns Haas, *Die Okkupation Österreichs in den internationalen Beziehungen*, in: Rudolf Neck/Adam Wandruszka (Hrsg.), *Anschluß 1938*, Wien 1981, S. 23 f.; DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 355 (Pkt. 5).

Österreichfrage hatte durchblicken lassen¹²⁵. Schließlich entsprach die erwünschte Bekräftigung der Julibestimmungen, die Deutschland gegenüber Großbritannien und Frankreich vornehmen sollte, wenigstens ungefähr der althergebrachten französischen Vorstellung vom Vorzug einer multilateralen Absicherung Österreichs. Das bilaterale, „anti-multilaterale“ Abkommen vom Juli 1936 mochte damit im Nachhinein gleichsam veredelt werden. Die „parfaite communauté de vues“, die Delbos in London auch bezüglich Österreichs festgestellt haben wollte¹²⁶, sollte sich freilich rasch als Fehleinschätzung erweisen.

Deutschland lehnte die Einbeziehung der Österreichfrage in allfällige Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich rundweg ab¹²⁷. Mitte Dezember nahm Delbos von seiner erwähnten Reise zu Frankreichs ostmitteleuropäischen Verbündeten nicht zuletzt auch bezüglich Österreichs den Eindruck wachsender Desolidarisierung mit¹²⁸. Nachdem Ende Januar 1938 gar ein Putschplan der österreichischen Nationalsozialisten bekannt geworden war¹²⁹, zeigte Hitler im Verlauf seines Berchtesgadener Treffens mit Schuschnigg am 12. Februar 1938 schließlich, mit welcher Rücksichtslosigkeit er in dem von ihm für Deutschland allein beanspruchten Einflußgebiet vorzugehen gedachte¹³⁰.

¹²⁵ Siehe DDF, 2^{ème} Série, t. VII, N° 230. Ferner Chautemps Bemerkungen über Halifax' „blunder of the first water“, in: FRUS 1937, Vol. I, S. 186. Vgl. Fuchs, Un pacte, S. 157.

¹²⁶ DDF, 2^{ème} Série, t. VII, N° 297.

¹²⁷ „Diese Bevormundung lehnen wir ein für alle Mal ab“, will Neurath Delbos bei dessen kurzem Zwischenaufenthalt in Berlin am 3. 12. 1937 gesagt haben (vor Delbos' erwähnter Weiterreise nach Warschau, Bukarest, Belgrad und Prag); vgl. ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 55. Dies geht aus der Aufzeichnung Delbos' bzw. dem Bericht François-Poncets nicht hervor; vgl. DDF, 2^{ème} Série, t. VII, N° 207, 324. Weitere Berichte François-Poncets ließen am drohenden Ton der deutschen Stellungnahmen aber keinen Zweifel; vgl. ebenda N° 296, 312, 345, 361, 363. Vom Verlauf der Gespräche Flandins wurde Schmidt durch Puaux in Kenntnis gesetzt (N° 387).

¹²⁸ „Croyez-moi, l'Autriche est bien perdue (...) Que pouvons nous y faire?“, soll Delbos auf der Heimreise gesagt haben. Fuchs, Un pacte, S. 163. Pessimistischer, als Grat und Pezet es die österr. Gesandtschaft wissen ließen, waren auch Delbos' Ausführungen vor dem Außenausschuß der Kammer am 24. 11. 1937; vgl. Carette, La vision, S. 133; Vollgruber am 25. 11. 1937, Nr. 144, 145 u. 164/pol., zit. in: Hochverratsprozeß, S. 535 ff. In Belgrad hatte sich Delbos gegenüber dem österr. Gesandten noch dezidiert gezeigt; vgl. Lothar Wimmer, Österreich und Jugoslawien, 1937–1938, Wien 1965, S. 64. Vgl. aber die sonst nicht belegte Aussage des Legationssekretärs an der österr. Gesandtschaft in Prag, Albin E. Lennkh, über eine pessimistische Botschaft, die er Schmidt von Delbos überbracht haben will, in: Hochverratsprozeß, S. 74 (mit einer offenbar versehentlichen Monatsangabe; der Monatstag von Delbos' Aufenthalt in Prag würde stimmen). Keine Aufzeichnung ist auch über das geheime Treffen Puaux mit Delbos (ebenfalls in Prag) bekannt. Puaux schweigt sich in seinen Memoiren darüber aus; vgl. aber DDF, 2^{ème} Série, t. VII, N° 358, 364, sowie Fuchs, Un pacte, S. 161.

¹²⁹ Siehe DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 34, 43, 46.

¹³⁰ Nach Schmidts Eröffnung der österr. Absicht, angesichts des Tavs-Plans eine klärende Aussprache mit Deutschland zu suchen (ebenda, t. VIII, N° 81), hatte Vollgruber von der Haltung des Quai d'Orsay zunächst berichten können: „Ich hatte dort eigentlich offene Türen einzurennen.“ Vollgruber am 20. 2. 1938, in: ADR/NPA Nr. 13/pol. Die von Schmidt als österr. Verhandlungsziel bezeichnete „application loyale de l'accord du 11 juillet [1936], mais rien de plus“ entsprach in der Tat den erwähnten frz. Vorstellungen. Noch am 11. 2. schrieb Puaux: „Pour ma part, j'estime que nous devons

Puaux erfuhr durch Schuschnigg erst am Rande des Neujahrs-Empfangs für das diplomatische Korps am 14. Februar abends, dann allerdings in höchst dramatischen Worten, von Hitlers demonstrativer Gleichgültigkeit gegenüber den Westmächten und vom bekannten Ultimatum, das am Tag darauf ablief¹³¹. In Frankreich wirkte das Berchtesgadener Ultimatum wie ein Schock¹³². Wie stichwortartige Aufzeichnungen Generalsekretär Légers über ein Telephonat mit Puaux am 15. Februar zeigen, suchte der Quai d'Orsay Schuschnigg „soweit als möglich zu helfen“, indem er sich beim Foreign Office um eine gemeinsame Démarche in Berlin bemühte¹³³. Zunächst wollte sich Paris allerdings vergewissern, ob die österreichische Regierung überhaupt entschlossen war, sich Deutschlands Druck entgegenzustellen. Unterdessen versicherte es sie seiner Bemühungen, London zu einer „klarerer Haltung gegenüber dem österreichischen Problem“ zu bewegen¹³⁴. Bei dieser Zielrichtung sollte es in den übrigen vier Wochen bis zum „Anschluß“ bleiben.

Die Unterstützung, die Frankreich ins Auge faßte, lag in einem gemeinsamen Einschreiten mit Großbritannien auf diplomatischer Ebene. Doch selbst dazu hätte das Foreign Office erst gewonnen werden müssen¹³⁵. Die Vorsprache des französischen Botschafters in Berlin, André François-Poncet, bei Außenminister Ribbentrop am 17. Februar trug im Unterschied zu den beiläufigen und unkoordiniert vorausgegangenen Bemerkungen des britischen Botschafters Sir Neville Henderson einen unmißverständlichen Protestcharakter¹³⁶. Eden – und nicht erst dessen Nachfolger Halifax – wei-

faire confiance à M. Schuschnigg (. . .). L'entrevue peut amener une détente; elle ne peut aggraver la situation.“ Vgl. DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 140.

¹³¹ DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 159; Schuschnigg, Ein Requiem, S. 55. Zu den ersten Gerüchten nach Berchtesgadener und Puauxs äußerst kritischer Einschätzung Guido Schmidts siehe DDF, ebenda, N° 144.

¹³² Low, Policy of France, S. 318. Siehe die aufgeregte Sitzung des Außenausschusses der Kammer am 16. 2. 1938, in: Carette, La vision, S. 151 f.

¹³³ DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 166; Jean Chauvel, Commentaire, Bd. I: De Vienne à Alger. 1938–1944, Paris 1971, S. 21; FRUS 1938, Vol. I, Washington 1955, S. 394.

¹³⁴ DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 179. Gegenüber Schuschnigg ließ Delbos Frankreichs ungebrochenes Interesse an der Aufrechterhaltung der österr. Unabhängigkeit bekräftigen, und zwar „de la manière la plus formelle“. In einer für Puaux bestimmten Bemerkung („je vous [!] indique“) führte er allerdings aus, warum Österreich nicht zuletzt auch selbst zu seiner isolierten und gefährdeten Lage beigetragen hatte. Entsprechend äußerte sich Delbos auch auf einer Pressekonferenz am 21. 2.; vgl. Vollgruber am 22. 2. 1938, Nr. 17/pol. (Anlage), zit. in: Hochverratsprozeß, S. 541 ff. Puaux war darüber höchst verärgert, um Verständnis für Schuschnigg hatte immerhin auch François-Poncet geworben; vgl. DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 170, 235, 239, 242.

¹³⁵ Noch am 15. 2., vor dem Eintreffen der Nachricht, daß sich Schuschnigg dem Ultimatum gebeugt hatte (dazu wieder DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 166), ließ Delbos den britischen Botschafter zu sich rufen und Corbin im Foreign Office vorsprechen, um auf eine gemeinsame Démarche in Berlin zu drängen; vgl. ebenda, N° 165 (Anm. 1); DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 523 (Anm. 1).

¹³⁶ Es ist irreführend, unterschiedslos von „den Demarchen der beiden Westmächte“ oder gar von einer „britischen Initiative“ zu sprechen, wie Haas, Okkupation, S. 30. Eden ließ im Quai d'Orsay ausdrücklich dementieren, bei Hendersons Erkundigung bzgl. Österreichs hätte es sich um eine Démarche im angeregten Sinn gehandelt; vgl. DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 537; DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 165, auch 185; vgl. die Weisung Edens an Henderson mit der Delbos' an François-Poncet, in:

gerte sich, den soeben erneut und unabhängig von Frankreich in Angriff genommenen britischen Versuch, Verhandlungen mit Deutschland in Gang zu bringen, durch die Österreichfrage stören zu lassen¹³⁷.

Zurecht wurde der durchaus heftige und intellektuell reizvolle Meinungswechsel, zu dem es daraufhin zwischen Paris und London kam und der sich bis in die kritischen Märztag hinzog, nicht nur als „diplomatical flourishes“ abgetan, sondern auch als Grundsatzstreit über die Fortsetzung der Ende November 1937 vereinbarten Beschwichtigungspolitik gegenüber Deutschland analysiert¹³⁸. Ebenso wenig wie Großbritannien wollte Frankreich für Österreich Krieg riskieren. Dies wäre, hätte es die öffentliche Meinung überhaupt zugelassen¹³⁹, nur mit britischem Rückhalt denkbar gewesen; und ein solcher galt zurecht als ausgeschlossen¹⁴⁰. Doch konnte, so Delbos, ein erneutes Verhandlungsangebot, wie es die Briten trotz des Ultimatums von Berchtesgaden in Aussicht stellten, Hitler nur zur Fortsetzung seiner aggressiven Zentraleuropapolitik ermuntern. Damit würde sich jene Kriegsgefahr verschärfen, die es zu mindern galt¹⁴¹.

Den Quai d'Orsay packte die Angst vor dem tschechoslowakischen Bündnisfall bzw. der Aussicht, bald nicht mehr über den nötigen zentraleuropäischen Bündnispartner zu

DBFP, ebenda, Nr. 519 (auch 514, 515) und DDF, ebenda, N° 169. Zum Verlauf von François-Poncets bemerkenswerter *Démarche* bei Ribbentrop vgl. ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 308 und DDF, ebenda, N° 189 (auch 170, 173, 197), ferner FRUS 1938, Vol. I, S. 401 f.

¹³⁷ Eden an Phipps am 16. 2. 1938, in: DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 534.

¹³⁸ Die zit. Formulierung bei Adamthwaite, France, S. 79; Bariéty, La France, S. 572. In genauere Abweichung dazu: Haas, Okkupation, S. 32 ff. Zu erwähnen sind allem voran die beiden umfangreichen frz. Memoranden vom 18. 2. und 2. 3. 1938, die Delbos im Foreign Office unterbreiten ließ: DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 190, 304 (mit Anhang); DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 557. Zu weiteren Einzelheiten siehe: Thomas Angerer, Frankreichs Österreichpolitik von der Remilitarisierung des Rheinlands bis zum „Anschluß“, Diplomarbeit, Univ. Wien 1989, S. 103 ff.

¹³⁹ Charles Micaud, *The French Right and Nazi Germany, 1933–1938. A Study of Public Opinion*, New York [1943] 1964, S. 133 ff.; Friedrich Taubert, *Das Deutschlandbild der französischen Linken im Spiegel ihrer Presse von 1933 bis 1938*, Diss. Univ. Frankfurt a. M. 1986, S. 80 ff.; Michel Dreyfus, La C. G. T. face à l'Anschluss, in: *Austriaca* 26 (1988), S. 49–56; Paul Pasteur, „Le Populaire“ et la presse de la SFIO face à l'Anschluss, Symposium Rouen 1988, Manuskript; Jean-Michel Casser, *La Revue des deux Mondes et l'Autriche dans les années trente*, in: *Relations franco-autrichiennes 1870–1970*, S. 113–135; Carette, *La vision*, passim; Aloysius Schumacher, „L'Humanité“ et la question de l'Anschluss, in: Gilbert Krebs (Hrsg.), *Sept décennies de relations franco-allemandes, 1918–1988*, Paris 1989, S. 105–123.

¹⁴⁰ Eindrücke von frz. Kriegsbereitschaft, wie sie die Berichte Vollgrubers, die Erinnerungen Fuchs' und spätere Äußerungen Légers und Chautemps erwecken mochten, sind ebenso vereinzelt wie unzutreffend. Zur teilweise zu optimistischen Berichterstattung Vollgrubers siehe zitatenreich: Erika Weinzierl, *Die französisch-österreichischen Beziehungen Jänner–März 1938 nach den Berichten der österreichischen Botschaft [recte wohl: Gesandtschaft] in Paris*, in: *Fünfzig Jahre danach*, S. 25–36. Vgl. Fuchs, *Un pacte*, S. 255. Zu Légers und Chautemps retrospektiven Beteuerungen siehe FRUS 1938, Vol. I, S. 35 f., 421, und Mary A. Wathen, *The Policy of England and France towards the „Anschluss“ of 1938*, Washington 1954, S. 174.

¹⁴¹ DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 554, 585.

verfügen¹⁴². Druck der tschechoslowakischen Diplomatie tat sein übriges¹⁴³. Frankreich forderte von Großbritannien daher, die Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit in einer gemeinsamen *Démarche* in Berlin als *conditio sine qua non* des angebotenen „*règlement général*“ zu erklären. Vor weiteren Schritten gegen Österreich bzw. den territorialen Status quo Zentraleuropas im allgemeinen sollte mit der Androhung einer „*opposition résolue des puissances occidentales*“ gewarnt werden¹⁴⁴.

Bemerkenswert angesichts der realistischen Einschätzung der drohenden Gefahr war die Vorstellung, Deutschland könne durch eine britisch-französische „Geste der Entschlossenheit“ (wie der Inhalt des französischen Vorschlags treffend bezeichnet wurde¹⁴⁵) von seinen zentraleuropäischen oder gar österreichischen Plänen abgehalten werden. Die französische Diplomatie erntete bei der britischen bloß höflich bis ironisch geäußerte Bemerkungen über Sinn und Unsinn leerer Drohungen¹⁴⁶. Die Politik der Stärke, für die der Quai d'Orsay beim Foreign Office warb, war tatsächlich eine *Politik der starken Worte*. Wohl hielt Frankreich den Versuch, sich mit Deutschland auf dem Verhandlungsweg zu einigen und in zentraleuropäischen Angelegenheiten die Verhandlungsbedingungen zu diktieren, für gescheitert¹⁴⁷. Insofern nahm es nun „die Gelegenheit wahr, die Appeasementpolitik insgesamt abzulehnen“¹⁴⁸. Doch blieb die Drohung, die in Berlin ausgesprochen werden sollte, „eher akademischer Natur“¹⁴⁹. Aus den Berichten des wohlinformierten amerikanischen Botschafters in Paris geht freilich hervor, daß sich Delbos der Unglaubwürdigkeit seiner Argumentation bewußt war. Nicht nur bezüglich Österreichs, sondern ganz Zentraleuropas sah er seine Politik gescheitert – eine Politik, die allerdings auch schon die seiner Vorgänger gewesen war¹⁵⁰.

Im selben Zusammenhang muß Delbos' und Chautemps' Weigerung gesehen wer-

¹⁴² Ebenda, Nr. 613, 541. Entsprechende Stellen in den beiden erwähnten frz. Memoranden, auszugsweise zit. bei Haas, *Okkupation*, passim.

¹⁴³ Robert Kvaček, *L'Anschluss et les relations tchécoslovaque-françaises*, in: *Historica* XXVI (1987), S. 53ff.

¹⁴⁴ Memorandum vom 18. 2. 1938, hier nach DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 190.

¹⁴⁵ Haas, *Okkupation*, S. 32.

¹⁴⁶ DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 592 (hier bes. S. 968 unten), 557 (Anm. 2), 580. Zunächst war das frz. Memorandum vom 18. 2. durch die britische Diplomatie wie Luft behandelt worden, worüber sich der Quai d'Orsay sehr verschnupft zeigte; DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 231, 258, 276, 283.

¹⁴⁷ DDF, ebenda, N° 304 (hier S. 592).

¹⁴⁸ Haas, *Okkupation*, S. 40.

¹⁴⁹ Ebenda, S. 33; Adamthwaite, *France*, S. 80; Young, *In Command*, S. 196. Delbos drängte auf „[a] firm language at Berlin, without any trace of threats [!], while there is still time“; DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 613. Auch Puaux hatte betont, es dürfe kein drohender Ton angeschlagen werden! DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N° 235.

¹⁵⁰ FRUS 1938, Vol. I, S. 27 ff. (mit resignierten Äußerungen Chautemps und Daladiers). Massigli beklagte „notre état d'incroyable lâcheté“, Brief vom 15. 2. 1938 (siehe Anm. 115). Wenige Tage später räumte er jedoch ein: „Pour nous, la seule question qui se pose est de savoir si nous pouvons dire à Berlin et à Vienne que nous irons, dans cette affaire, jusqu'au bout. Jusqu'à présent, nous ne pouvons pas [!] tenir ce langage, et cela limite nos possibilités, y compris celle de décider Londres à s'émouvoir.“ Brief vom 19. 2. 1938 an Robert Coulondre, in: MAE/PAAP, Massigli 96 (Coulondre). Delbos wollte in diesen Wochen bekanntlich wiederholt zurücktreten.

den, sich unter dem Eindruck des drohenden „Anschlusses“ doch noch um eine Verständigung mit Italien zu bemühen. Sie beruhte auf der durch entsprechende Sondierungen in Rom erneut bestätigten Einschätzung, daß in Italien für Österreich keinesfalls mehr Unterstützung zu erlangen war¹⁵¹. Puauxs Idee, die Badoglio-Gamelin-Abkommen zu erneuern, war fern der Wirklichkeit¹⁵². Zur Erwägung stand höchstens noch der Versuch, Italien durch den vorgeschlagenen britisch-französischen Alleingang unter Zugzwang zu stellen. Zu riskant schien dem Quai d'Orsay der britische Vorbehalt, die gewünschte gemeinsame Démarche in Berlin von einer Mitbeteiligung Italiens abhängig zu machen. Entsprechend schwer wog die Österreichfrage auch bei den französischen Vorbehalten gegen die Verhandlungen, die zwischen Großbritannien und Italien anliegen. Vergeblich forderte Frankreich von Großbritannien, es möge für sein Entgegenkommen in den Mittelmeerfragen ein italienisches Reengagement für Österreich zur Bedingung stellen¹⁵³.

Noch bevor am Abend des 9. März die Nachricht von Schuschniggs Ankündigung einer „Volksbefragung“ für den 13. März eintraf¹⁵⁴, hatte Premierminister Chautemps den Ministerkollegen seinen Entschluß zum Rücktritt mitgeteilt. Die folgende Regierungskrise bildete aber lediglich einen auffälligen Begleitumstand, dem für Frankreichs Haltung gegenüber den Ereignissen, die sich in Österreich überstürzten, keine entscheidende Bedeutung mehr zukam¹⁵⁵. Am frühen Vormittag des 11. März warnte François-Poncet, daß nur noch zur Frage stünde, ob die bereits zusammengezogenen deutschen Truppen vor oder nach dem Tag der geplanten „Volksbefragung“ in Österreich einmarschierten. Daraufhin zitierte Delbos den deutschen Botschafter zu sich, um ihn „auf Unruhe und Besorgnis der französischen Regierung hinzuweisen“¹⁵⁶. In

¹⁵¹ Siehe DDF, 2^{me} Série, t. VIII, N° 186, 199, 263, 264, 284; FRUS 1938, Vol. I, S. 1.

¹⁵² DDF, 2^{me} Série, t. VIII, N° 154, 239, 330. Sogar der für seine Kooperationsbereitschaft mit Italien bekannte Massigli schrieb Puaux: „elle [l'Italie] abandonne l'Autriche aux ultimatus allemands“. Brief vom 15. 2. 1938 (siehe Anm. 115).

¹⁵³ DDF, 2^{me} Série, t. VIII, N° 291, 320, 339. Renouvins Feststellung, Frankreich habe gegen Großbritannien besagte Verhandlungsstrategie keinerlei Einspruch erhoben, ist also unzutreffend; vgl. Pierre Renouvin, *Les relations de la Grande-Bretagne et de la France avec l'Italie en 1938–1939*, in: *Les relations franco-britanniques de 1935 à 1939*, Paris 1975, S. 299; ähnlich Komjathy, *The Crises*, S. 203.

¹⁵⁴ Puaux am 9. 3. 1938, in: DDF, 2^{me} Série, t. VIII, N° 347, 348. Die in der Literatur gelegentlich übernommene Behauptung Papens (Wahrheit, S. 482), Idee und Entschluß zur ‚Volksbefragung‘ gingen auf einen Rat Puauxs zurück, wurde sowohl von Puaux als auch von Schuschnigg dementiert, vgl. Puaux, *Mort*, S. 110, Anm. 1; Kurt Schuschnigg, *Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee*, Wien/München [1969] Neuaufl. 1988, S. 301. Dessen ungeachtet will Chauvel (*Commentaire*, I, S. 22 f.) es von Puaux selbst gehört haben. Aus DDF, 2^{me} Série, t. VIII, N° 348 geht immerhin hervor, daß Puaux über die Erwägung einer ‚Volksbefragung‘ seit einer Woche informiert war und die schließlich erfolgte Innsbrucker Ankündigung begrüßte; dies im Gegensatz zu François-Poncet, dem von vornherein Schlimmes schwante; vgl. ebenda, N° 358, 359.

¹⁵⁵ Low, *Policy of France*, S. 315. Dies unterstrich schon Delbos' Nachfolger, Joseph Paul-Boncour, vor dem Außenausschuß der Kammer am 24. 3. 1938; vgl. Carette, *La vision*, S. 152 f.

¹⁵⁶ ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 346. Zur Wahrnehmung der Ereignisse durch den frz. Generalstab und den Quai d'Orsay: Georges Castellan, *Chronologie de l'Anschluss*, in: *Austriaca* 6 (1978), S. 16 ff.

London ließ er den französischen Botschafter Charles Corbin darauf drängen, daß Außenminister Ribbentrop, der dort eben zu seinem Abschiedsbesuch als ehemaliger Botschafter eingetroffen war, vor einem deutschen Einmarsch in Österreich entschieden gewarnt würde¹⁵⁷. Auf die Nachrichten von den beiden deutschen Ultimaten vom Nachmittag bzw. Abend desselben Tages hin ließ Delbos jeweils den britischen Botschafter rufen, um wieder für eine gemeinsame *Démarche* in Berlin einzutreten. Auch forderte er eine Intervention des britischen Botschafters in Rom, nachdem der französische Geschäftsträger von Außenminister Ciano nicht empfangen worden war¹⁵⁸.

Nach wie vor ist ungeklärt, worin die „mesures militaires complètes prévues [par les] Notes [de l'] État-Major de l'Armée“ bestanden, die Chautemps, Delbos, Bonnet und Daladier auf einer Krisensitzung um 16 Uhr für den Fall beschlossen, daß sich Großbritannien an den Maßnahmen beteiligte¹⁵⁹. Freilich erübrigen sich diesbezügliche Spekulationen in unserem Zusammenhang, denn der Kern der Frage ist kein militärtechnischer, sondern ein politischer – in gewissem Sinn sogar ein psychologischer: Wurde ein plötzlicher britischer Entschluß zur aktiven Zusammenarbeit gegen Deutschlands „Griff nach Österreich“ (N. Schausberger) auch nur im geringsten erwartet? Nichts weist darauf hin. Die einschlägige Nachricht aus London traf noch im Laufe der Sitzung ein¹⁶⁰. Nach fortgesetztem französischem Drängen auf eine gemeinsame *Démarche* in Berlin wurde Corbin im Foreign Office schließlich nur die Weisung Halifax an Henderson zu einem Protest in der Wilhelmstraße vorgelesen. Daraufhin erhielt François-Poncet den Auftrag, eine ähnlich lautende, freilich zahnlose Protestnote zu hinterlegen¹⁶¹. Treffend spricht Duroselle von einer „*démarche* ‚parallèle‘ et non concertée“¹⁶². Nicht einmal in der Form hatte Großbritannien nachgegeben, und Frankreich gab klein

¹⁵⁷ DDF, 2^{me} Série, t. VIII, N° 367, 370.

¹⁵⁸ Castellan, *Chronologie*, S. 27; DDF, ebenda, N° 372, 368, 369; Galeazzo Ciano, *Tagebücher 1937–1938*, Hamburg 1949, S. 123.

¹⁵⁹ Castellan, *Chronologie*, S. 27; DDF, ebenda, N° 381 (mit Anm. 1), sowie: Gamelin, *Servir*, II, S. 315. Renouvin nahm an, es habe sich um Grenzschießung, Rückberufung beurlaubter Soldaten und Bemannung der Maginot-Linie gehandelt (*Les relations franco-anglaises, 1935–1939*, in: *Relations franco-britanniques*, S. 37). Dies entspräche der Alarmstufe 1 im frz. Heer (Duroselle, *La décadence*, S. 165). Erwin A. Schmidl, März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich, Wien 1987, S. 242, 293 (Anm. 912), bezieht die Maßnahmen auf den „Fall einer Ausweitung der deutschen Operationen gegen die Tschechoslowakei“. Ob nun bloße Grenzsicherung oder Bereitschaft für den Bündnisfall: Die Bindung der fraglichen Maßnahmen an eine britische Zusammenarbeit lassen beide Hypothesen zweifelhaft erscheinen.

¹⁶⁰ Castellan, *Chronologie*, S. 27 ff.

¹⁶¹ DDF, 2^{me} Série, t. VIII, N° 375, 377, 378, 384 (entspr. ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 356). Der schriftliche Protest wurde noch am 11. um 23 Uhr hinterlegt (nicht erst am 12. um 11 Uhr, wie irrtümlich Duroselle, *La décadence*, S. 328, angibt).

¹⁶² Duroselle, *La décadence*, S. 328. Die immer wieder zu lesende, offenbar auf M. A. Wathen (*The Policy*, S. 178) zurückgehende Behauptung, Großbritannien habe dem frz. Wunsch nach einer gemeinsamen *Démarche* schließlich nachgegeben, ist unrichtig.

bei¹⁶³. Über eine De-facto-Anerkennung des „Anschlusses“ wollte es zunächst allerdings nicht hinausgehen¹⁶⁴.

Der „Anschluß“ mußte von Frankreich nicht erst zur Krise hochstilisiert werden, wie behauptet wurde¹⁶⁵. Vielmehr zeugt die geradezu verzweifelt hektische Diplomatie, die der Quai d'Orsay nach Berchtesgaden entfachte, in ihrem argumentativen Niveau von einer überaus klaren Einsicht in die Gefahr, die mit der widerstandslosen Hinnahme des „Anschlusses“ für Frankreichs Stellung in Europa und sein friedliches (besser gesagt: kriegsloses) Nebeneinander mit Deutschland verbunden war¹⁶⁶. Eben solche Klarheit herrschte allerdings auch über die Unfähigkeit, auf Krisen dieser Größenordnung angemessen und wirkungsvoll zu reagieren – ganz abgesehen von der Unmöglichkeit eines Alleingangs.

Gewiß muß das Drängen der Tschechoslowakei, der Abgeordnetenkommission sowie einiger hoher Beamter im Quai d'Orsay in Rechnung gestellt werden¹⁶⁷. Darüber hinaus kann Delbos' unrealistische Politik der fortlaufenden Interventionen in London auch als Flucht in ein Wunschdenken verstanden werden. Sie sollte die von ihm selbst eingestandene Rat- und Hilflosigkeit ausgleichen, ließ diese freilich nur umso deutlicher zu Tage treten. Paradoxiertweise bescherte Delbos der französischen Österreichpolitik ein Maß an Aktivität, das sie schon seit Jahren nicht mehr gekannt hatte. Doch es war ein Treten im Leerlauf.

Die Frage nach Aktivität und Passivität, wie sie in der Forschung zur französischen Österreichpolitik der letzten Jahre vor dem „Anschluß“ bislang im Vordergrund stand und zur These von der Wende führte, die das Jahr 1936 mit der Remilitarisierung des Rheinlands und dem Wahlsieg der Front Populaire in dieser Politik markierte, verstellte

¹⁶³ Es ist daher irreführend, in diesem Zusammenhang eine Kundgebung britisch-französischer Solidarität sehen zu wollen, wie Hanns Haas, *Les relations diplomatiques entre l'Autriche et la France dans l'entre deux guerres*, in: *Les relations franco-autrichiennes de 1871 au traité d'État de 1955*, Poitiers 1985, S. 604. Das zweifellos advokatorische Rundschreiben Delbos' vom 12. 3. 1938 konnte sich nicht zu Unrecht darauf berufen, daß Großbritannien die frz. Vorschläge bis zuletzt systematisch abgelehnt hatte; vgl. DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N^o 403.

¹⁶⁴ Am 14. abends wurde Puaux nach Paris gerufen, die Gesandtschaft in Wien ab 2. April dann als Generalkonsulat geführt (unter Leitung Chauvels); Puaux, *Mort*, S. 116; Chauvel, *Commentaire*, I, S. 25; DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N^o 425, 496; t. IX, N^o 90.

¹⁶⁵ Young, *In Command*, S. 196; Komjathy, *The Crises*, S. 181.

¹⁶⁶ Siehe etwa die Bilanz Gamelins, in: DDF, 2^{ème} Série, t. VIII, N^o 432 (bes. S. 788 oben).

¹⁶⁷ Zumindest die beiden Memoranden vom 18. 2. und 2. 3. 1938 lassen sich zeitlich gut zuordnen. Das erste folgte auf die als zu harmlos angesehene Vorsprache Hendersons am 15. 2. (siehe Anm. 136). Hierzu scheint besonders Massigli-Delbos gedrängt zu haben. Siehe dessen Brief an Puaux vom 15. 2. 1938 (siehe Anm. 115), in dem er versicherte, „que nous tâchons d'incliner le Ministre“. Schließlich standen in der Kammer eine Sitzung des Außenausschusses und eine Debatte bevor (22. bzw. 25./26. 2. 1938). Dazu: Low, *Policy of France*, S. 318 ff.; Adamthwaite, *France*, S. 75 ff. sowie ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 133. Das zweite Memorandum folgte auf die Vorsprache eines Sondergesandten Beneš' am Tag zuvor (hierzu: Kvaček, *L'Anschluss*, S. 56, Anm. 40) und datiert vom Tag einer neuerlichen Sitzung des Außenausschusses. Vgl. Chautemps vielfach zitierte Ausführungen gegenüber Bullitt in: FRUS 1938, Vol. I, S. 72.

den Blick auf eine wichtigere Frage: nämlich die nach dem Verhältnis zwischen den Zielen und tatsächlich vorhandenen bzw. vorgesehenen Mitteln dieser Politik. Hier zeigt sich ein Mißverhältnis, das sich bereits in den Jahren 1934 und 1935 zunehmend verschärfte und eine auch noch so „aktive“ Politik, die ihm nicht abzuhelpfen wußte, zum Scheitern verurteilte. Dieses Mißverhältnis bildete eine Kontinuität. „Passivere“ und „aktivere“ Zeitabschnitte konnten darin nahtlos und im Ergebnis unterschiedslos aufeinander folgen. So lag nach der Verschärfung der „Anschluß“-Frage seit 1933 die Hauptproblematik der französischen Österreichpolitik nicht in ihrer zunehmenden Passivität, sondern in ihrer Kontinuität.